



Saar-Streund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfälzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 7
1. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste Seite 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräßer Str. 94, Zusprech-Aushilf: Amt Lüchow 3249. — Bezugspreis vierteljährlich Mr. 2.— ohne Bestellung usw. Preis der Einzelnummer Mr. 0.50 einschließlich ortsüblichen Teuerungszuschlages.

Berlin
1. April 1921

Die Schuldanklagen gegen Deutschland als Grundlage für die Härten des Friedensdiktats.

Je mehr jetzt die Härten des Friedensdiktats in Deutschland bekannt und fühlbar werden, um so stärker wächst die verzweifelte Erkenntnis seiner Undurchführbarkeit. Immer klarer wird es, daß dieser „Vertrag“ Deutschland zugrunde richten und alle Anstrengungen eines allmählichen Wiederaufbaues und einer auch nur notdürftigen Fristung unseres nationalen Lebens zu schanden machen muß. Daher tönt der Ruf nach einer Revision dieses Friedens-„Vertrages“ immer lauter und auch im Auslande mehren sich jetzt die Stimmen, die eine solche für notwendig erklären.

Aber diese Revision kann nur erzielt werden, wenn wir hierin die tatkräftige Unterstützung der öffentlichen Meinung aus allen europäischen Ländern finden, und diese Unterstützung werden wir nur dann erhalten, wenn wir die Grundlagen widerlegen, die zu den unerträglichen Bestimmungen des Friedens-„Vertrages“ geführt haben.

Die Grundlage des Friedensdiktats ist bekanntlich im § 231 ausgesprochen, der folgendermaßen lautet:

„Die alliierten und assizierten Regierungen erklären und Deutschland erkennen an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assizierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“

Die Entente, die bereits während des Krieges Beweise für ihre außerordentliche Fähigkeit erbrachte, durch eine geschickte Propaganda die öffentliche Meinung der ganzen Welt auf ihre Seite zu bringen, hat auch hier wiederum ihren psychologischen Scharfschlag erwiesen. Sie geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß ein so beispiellos harter „Vertrag“ wie der Versailler die Zustimmung der Welt auf die Dauer nur dann finden, sich auch nur dann vor der Geschichte moralisch und rechtlich vertreten lassen wird, wenn dem deut-

schen Volke glaubwürdig nachgewiesen werden kann, daß es zu Beginn des Krieges und im Kriege selbst gegen jedes Menschenrecht aufs Schärfste verstochen und daß es Taten begangen habe, die in der Geschichte beispiellos dastehen. Zu diesem Zweck wurden die Schuldanklagen gegen Deutschland erhoben und im Friedensvertrag zu bestimmter praktischer Ausnutzung gegen Deutschland festgelegt. Es handelt sich hier, wie immer bei der Entente, um ein mit äußerer Folgerichtigkeit durchgeführtes System, das wir bis in seine einzelnen Verästelungen verfolgen müssen, um es ganz begreifen und aufdecken zu können.

Wird in dem eben erwähnten Paragraphen des Friedens-„Vertrages“ festgestellt, daß Deutschland die alleinige Schuld am Ausbruch des Krieges trifft, so weist die Mantelnote, mit welcher der Friedens-„Vertrag“ seinerzeit der deutschen Regierung übermittelt wurde, auf die deutschen Kriegsverbrechen im Kriege hin und betont, daß das Verhalten Deutschlands im Kriege in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos sei. Es heißt in diesem an Zynismus sogar den Text des Friedens-„Vertrages“ noch übertreffenden Dokument unter anderem:

„Damit nicht zufrieden sind die Deutschen mit kühler Überlegung zu einer Reihe von Hinrichtungen und Brandstiftungen geschriften mit der einzigen Absicht, die Bevölkerung zu terrorisieren und diese eben durch die Scheußlichkeit ihrer Handlungen zu beenden. Die Deutschen sind es, welche als erste die giftigen Gase benutzt haben, trotz der furchtbaren Leiden, die sich daraus ergeben mußten.“

Demgegenüber ist es längst bekannt, daß Gasgranaten bereits bei Kriegsbeginn in der französischen Armee eingeführt waren und uns liegt eine offizielle französische Instruktion vor vom 21. Februar 1915, die die Anwendung dieses Kampfmittels regelt. Frankreich ist also früher als Deutschland in den Gasenkrieg eingetreten.

Weiter heißt es in der Mantelnote:

„Die Deutschen sind es, die in dem Bombardement durch Flieger, in der Beschließung auf weite Entfernungen ohne militärische Gründe den Anfang gemacht haben mit dem alleinigen Ziel vor Augen, die seelische Widerstandskraft ihrer Gegner dadurch, daß sie Frauen und Kinder trafen, zu vermindern.“

Auch diese feindliche Behauptung ist erlogen. Ein merkwürdiger Zufall will es, daß jetzt in England die Frage der Erstanwendung von Fliegerbombe auf offene Städte behandelt wird und der Herausgeber des „Aeroplan“ stellt in einer Nummer vom März 1918 ausdrücklich fest, daß die erste Bombe, die je auf eine Stadt gefallen sei, Düsseldorf oder Köln getroffen habe, woran der Artikel die unbefangene Bemerkung knüpft: Folglich gehört die Ehre, diese völlig rechtmäßige Art der Kriegsführung zuerst angewandt zu haben, unserem königlichen Luftdienst.“

Die Mantelnote fährt dann fort:

„Die Deutschen sind es, die den U-Bootkrieg begonnen haben; eine Herausforderung von Seeräubern an das Völkerrecht, in dem sie so eine große Anzahl von unschuldigen Passagieren und Seeleuten, mitten auf dem Ozean, weit entfernt von jeder Hilfsmöglichkeit auf Gnade und Barmherzigkeit den Winden und Wogen und, was noch schlimmer ist, den Besatzungen ihrer U-Boote überliefert, dem Tode überantwortet haben.“

Nachdem die englische Lüge von der völligen Rechtswidrigkeit des U-Bootkrieges inzwischen ihre Wirkung getan hat und die U-Bootwaffe von deutscher Hand in die englische übergegangen ist, bezeichnen die Engländer den U-Bootkrieg als vollkommen völkerrechtsmäßig und noch kürzlich hat die britische Royal United Service Institution eine Arbeit mit dem zweiten Preis ausgezeichnet, in der der U-Bootenkrieg und die Versenkung ohne Warnung vollkommen gerechtfertigt sind.

Weiter besagt die Mantelnote:

„Die Deutschen sind es, die mit brutaler Rücksichtlosigkeit Tausende von Männern, Frauen und Kindern nach fremden Ländern und in die Sklaverei verschleppt haben.“

eine Anschuldigung, die fast grotesk wirkt angesichts der Tatsache, daß die Entente in den deutschen Kolonien fast restlos die ganze deutsche Bevölkerung zwangsläufig entfernt und jetzt das gesamte deutsche Eigentum in den Kolonien rücksichtslos verkauft.

Und die Mantelnote sagt endlich:

„Die Deutschen sind es, die sich hinsichtlich der Kriegsgefangenen, welche sie gemacht haben, eine barbarische Behandlung erlaubt haben, vor welcher die Völker unterster Kulturstufe zurückgeschreckt wären.“

In Wirklichkeit hat bekanntlich die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich alles an Brutalität und Roheit übertroffen, was bisher in der Weltgeschichte bekannt war, und vereinzelte Überschreitungen, die auf deutscher Seite vielleicht vorgekommen sein mögen, können in keiner Weise verglichen werden mit dem durchdachten System, durch das die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich mishandelt und körperlich und seelisch gequält wurden.

Halten so die Schuldanklagen der Entente hinsichtlich des Verhaltens Deutschlands während des Krieges den Tatsachen nicht stand, so ist das gleiche der Fall hinsichtlich der im § 231 des Friedensvertrages behaupteten angeblichen Schuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges. Wenn Lloyd George in einem seltsamen Widerspruch gegen die sonst auch von ihm eifrig verfochtene Behauptung der deutschen Schuld am Kriege kürzlich offen zugegeben hat, daß die leitenden Staatsmänner aller europäischen Länder in den Krieg hineingeglitten oder getaumelt sind, so ist das nur zum Teil richtig. In den Ländern der Entente, in Frankreich, England und Russland war es eine, vielleicht nicht sehr große aber dafür um so mächtigere Kriegspartei, die planmäßig und seit vielen Jahren zu reinen Eroberungszwecken auf den Krieg hinarbeitete. Den deutschen und österreichischen Diplomaten wird man höchstens vorwerfen können, daß sie durch eine ungeschickte Geschäftshandhabung während der kritischen Tage des Juli 1914 den Kriegshezern im Ententelager eine willkommene Möglichkeit zur Entfesselung des Weltkrieges geboten haben. Jedenfalls war der entschlossene Kriegswille durchaus auf Seiten der Entente, was, abgesehen von allen anderen Gesichtspunkten, auch daraus folgt, daß Deutschland politisch wie wirtschaftlich saturiert war und auch von einem siegreichen Krieg keine nennenswerten Gebietsvergrößerungen oder Vorteile erwarten durfte, während Russland von der Zerstörung der Donau-Monarchie und Vorherrschaft über die Balkanslawen, Frankreich von der „Rückeroberung“ Elsaß-Lothringens und England von einer Vernichtung der deutschen Wirtschaftsstellung träumte. Das bisher veröffentlichte Material über den Ausbruch des Krieges läßt mit gar nicht miszuverstehender Deutlichkeit erkennen, daß von allen ausschlaggebenden Faktoren im Juli 1914 gerade der deutsche Kaiser am Ausbruch des Weltkrieges am wenigsten Schuld getragen hat — der „Vorwärts“ hat das sogar in seiner Morgen-ausgabe vom 5. November 1920 ausdrücklich betont — und wenn einst die Archive der feindlichen Mächte geöffnet sind und deren Material in vollem Umfange und in wirklich ehrlicher Weise der Geschichte unterbreitet sind, dann wird man klar erkennen, daß die Haupthaftschuld, den Krieg planmäßig vorbereitet und betrieben zu haben, auf Seiten der Entente liegt.

Diese ganze von der Entente mit allen Mitteln einer skrupellosen Propaganda aufgebaute Lügengebäude einer deutschen Schuld am Ausbruch des Weltkrieges und deutscher Barbarei während des Krieges gilt es zu zerstören, wenn wir jemals eine Revision des Friedensvertrages erreichen und unser Ansehen als Kulturvolk unter den Weltmächten wieder herstellen wollen. In der richtigen Erkenntnis, daß man sich bei den vorläufigen Resultaten des sogenannten Friedensvertrages nicht beruhigen darf, sondern nach wie vor durch Aufrechterhaltung der Greuelmärchen über das deutsche Volk für eine dauernde Niederhaltung desselben sorgen muß, setzt die Entente ihre Lügenpropaganda auch jetzt noch unentwegt fort. Es genügt nicht, wenn wir uns dieser Propaganda gegenüber auf den Standpunkt stellen, daß die Regelung vor dem Reichsgericht in Leipzig gegen die

jogenannten Kriegsverbrecher die nötige Klarheit über die hier in Betracht kommenden Geschehnisse bringen wird; wir müssen der Greuelpropaganda, die von den Franzosen und Belgiern, zum Teil auch von den Engländern, in ihren eigenen Ländern, wie im besetzten deutschen Gebiet fortgesetzt wird, mit schärferen Mitteln begreifen und es wäre deshalb dringend zu wünschen, daß wir endlich mit unserem Aktenmaterial über die Entente-Greuel herausrücken!! Maßgebende englische Kreise bestätigen immer wieder aufs neue, daß an eine Revision des Versailler Diktats nicht zu denken ist, solange nicht der Welt bewiesen wird, daß auch die Ententevölker während des Krieges Greuel verübt haben, wie sie vereinzelt auf deutscher Seite wohl auch vorgekommen sein mögen, wie sie aber auf Seiten der Entente, insbesondere auf Seiten Frankreichs fast eine Gewohnheit geworden sind.

Bekanntlich verbreitet noch heute die Entente im besetzten Gebiet eine Schmähschrift „Die deutschen Greuel 1914—1918“ und eine in deutscher Sprache erscheinende, von der Entente abhängige Lageszeitung, die „Rheinische Republik“ bringt in regelmäßiger Folge Berichte über deutsche Greuel während des Krieges in Belgien und Nordfrankreich. Diese Propaganda erfordert die schärfste Abwehr von deutscher Seite und alle wahren Deutschen müssen bereit sein, sich mit allen Kräften in den Dienst der hier nötigen Aufklärung zu stellen. Ein besonders nützbringendes Mittelzeug für diese Aufklärungen bietet die Schrift „Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen“ von Major Otto von Stulpnagel, Staatspolitischer Verlag, Berlin, Friedrichstraße 226. Diese Schrift, in welcher in besonders übersichtlicher Weise alle gegen Deutschland von Seiten der Entente während des Krieges erhobenen Vorwürfe gesammelt und mit den entsprechenden Hinweisen auf gleichartige von den Ententetruppen tatsächlich begangene Verbrechen während des Krieges versehen sind, sollte in Deutschland aufs weiteste verbreitet werden, nicht um auf Revanchegeist und Chauvinismus zu schwören, sondern um dem deutschen Volke über den wahren Sachverhalt in objektiver Weise die Augen zu öffnen und das durch die Propaganda weltfremder deutscher Pazifisten, die sich in der Rolle als Selbstanhänger gefallen, schwer geschädigte moralische Selbstbewußtsein des deutschen Volkes wieder herzustellen. Obwohl sich in einzelnen Ländern die Anzeichen dafür mehren, daß man allmählich die große Lüge der Entente durchschaut und zu einer gerechteren Einschätzung des vor dem Kriege so hoch geachteten deutschen Wesens kommt, sind die Deutschen in den meisten europäischen Ländern noch immer einem moralischen Boykott unterworfen, der nur bei rücksichtsloser Ausnutzung des gegen die Entente vorliegenden reichhaltigen Materials gebrochen werden kann. Ohne eine derartige Ehrenrettung und eine Wiederherstellung der unbedingt notwendigen Selbstachtung erscheint ein Wiederaufbau des deutschen staatlichen und wirtschaftlichen Lebens als ausgeschlossen.

Eine Nation, die dauernd im Zustand der Selbstverurteilung und Selbstbeschimpfung verharrt, scheidet sich eben dadurch aus der Reihe der Kulturvölker aus und wird in einen Zustand sittlicher Niedrigkeit versenkt, aus dem sie kaum mehr aufsteigen kann. Die Entente wußte sehr genau, aus welchen Gründen sie die Auslieferung der deutschen Heerführer als der angeblichen Kriegsverbrecher verlangte. Eine Nation, die in eine solche Forderung eingewilligt hätte, würde sich des letzten Restes der moralischen Selbstachtung vor sich selbst und dem Auslande beraubt und sich jede Möglichkeit einer Weiterentwicklung und eines gesunden Nationallebens abgeschnitten haben. Der einheitliche Widerstand, den erfreulicherweise die Entente bei dieser ihrer Forderung im ganzen deutschen Volke fand, hat zum erstenmal der Entente gezeigt, daß auch ihre Macht eine Grenze hat und daß das deutsche Volk nicht gewillt ist, die Diktate der Entente, soweit sie die Lebenselemente des deutschen Volkes bedrohen, widerstandslos hinzunehmen. Es gilt auf der hier beschrittenen Bahn zielbewußt fortzuschreiten und den Verleumdungen der Entente jenes unerschütterliche nationale Selbstbewußtsein entgegenzusezten, ohne daß ein Volk zu existieren vermögt. Deutschland hat in dem Weltkrieg in weit härterer Weise als die Entente gegen eine beispiellose Uebermacht um sein Leben ringen müssen. Es ist klar, daß man dabei nicht immer sanft verfahren konnte und daß unter dem Zwange militärischer Notwendigkeiten manche an sich beklagenswerten Maßnahmen vorgenommen werden mußten. Es ist aber eine durch nichts bewiesene Verleumding, daß von der deutschen Heeresleitung oder von den deutschen Truppen die Grenzen der militärischen Notwendigkeit irgendwo und irgendwie wesentlich überschritten worden sind, und wenn die Entente sich über die Zerstörung in Nordfrankreich und Belgien beklagt, so ist dem entgegenzuhalten, daß Zerstörung das Wesen des Krieges ist und daß Deutschland diese Zerstörung in Feindesland tragen mußte, um die eigenen Grenzen zu schützen, zudem sind die meisten Städte und Dörfer im ehemaligen Kriegsgebiet ja von Engländern und Franzosen selbst zusammen geschossen worden. Man denke nur an St. Quentin!

Diese einfachen und selbstverständlichen Wahrheiten nicht nur dem deutschen Volke, sondern der gesamten europäischen Öffentlichkeit immer wieder ins Gedächtnis zurückzurufen und in sachlicher Weise der noch immer mit der alten Rührigkeit betriebenen Greuelpropaganda der Entente entgegenzutreten, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die dem deutschen Volke für die nächste Zeit obliegen. Sobald das zurzeit geknickte moralische Selbstbewußtsein im deutschen Volke wieder hergestellt und auch in neutralen wie feindlichen Ländern die Erkenntnis verbreitet ist, daß Deutschland nicht die alleinige Schuld am Ausbruch des Weltkrieges trägt und daß die deutsche Kriegsführung die der Entente in keiner Weise an Grausamkeit übertrifft, dann ist die Grundlage für eine Revision des Schanddiktats geschaffen und das in Versailles auf Lug und Trug aufgebaute morsche Gebäude des sogenannten Friedens-„Vertrages“ wird unter der Erkenntnis der neuen Zeit in sich selbst zusammenbrechen.

Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Oberschlesiens Not ist vorüber.

Deutsch ist sein Volk und hat es mutig bezeugt trotz Terror, Verlockung, Gewalt und französisch-polnischer Schiebung. Die deutsche Mehrheit ist erdrückend und macht die Völkerbeglückungs-ideen eines Wilson zu einer Farce. Fast zwei Drittel der gesamten Bevölkerung gab sein Votum für Deutschland. Ein Aufatmen geht durch das ganze schlesische Land, ein Aufatmen über die Entscheidung, die ein ferneres Verbleiben der polnischen Arbeit verrichtenden französischen Besetzungstruppen überflüssig macht. Zwar haben die rätselhafte Versailler Bestimmungen noch manches Hinterürchen gelassen, um den Polen auch im Falle des Deutschbekennnisses Oberschlesiens einen Teil nach angeblich wirtschaftlichen Gesichtspunkten zuzuschustern. Aber angesichts dieses gewaltigen Volksentscheides dürfen selbst in Ententekreisen Bedenken entstehen, und es dürfte endlich der Gedanke Eingang finden, daß auch die übrigen Grenzgebiete baldigst nach ihrem Willen gefragt werden, ob diese Belehnungs- und Abtretungswirtschaft ihnen paßt. Frei sollen die Völker nach Wilson entscheiden können. Sie wollen es, gebt ihnen die Möglichkeit! Oberschlesien hat sein Deutschtum bekundet —

Saarheimat, wann darfst du dein Joch abschütteln?

Mehren sich doch deine Leiden von Tag zu Tag.

Als Neuestes hat die Regierungskommission, der Treuhänder der Entente, in Wahrheit aber der Büttel der Franzosen, den Beschluß gefasst, vom 1. Mai ab

sämtliche Verkehrseinnahmen in Frankenwährung zu erheben und das Personal in Franken zu besolden.

Die Verordnung wird in folgender Weise bekanntgegeben:

Bei der Ausarbeitung des Haushaltsetats für das Geschäftsjahr 1921/1922 gelangte die Regierungskommission zur Feststellung, daß die großen öffentlichen Betriebe, wie die der Eisenbahn, der Post und des Telegraphen, bezüglich ihres Haushaltplanes solange der nun einmal notwendigen Stetigkeit entbehren infolge des schwankenden Wechsels und des Tiefstandes der Valuta, als die Tarife in der Markwährung entrichtet werden.

Uebrigens erfolgt schon zurzeit ein großer Teil der Zahlungen, insbesondere bei den Kohleneintäufen, in Franken.

Die Regierungskommission erachtet es nun als eine nicht zu umgehende Maßregel, den gesamten Haushaltsetat der Bahn, der Post und des Telegraphen in Frankenwährung aufzustellen. Infolgedessen sind vom nächsten ersten Mai ab alle Gebühren im Bahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr in Franken zu ergeben.

Das gesamte Personal der betreffenden Verwaltungen erhält Gehälter und Löhne in Franken ausgezahlt.

Sich der hohen Verantwortung, welche die Verwaltung des Saargebietes in sich schließt, wohl bewußt, mußte die Regierung zur Herbeiführung einer geordneten Finanzgebarung sich dazu entschließen, in einzelnen Betrieben die Frankenwährung einzuführen. Mit Rücksicht auf das Wohlergehen der Gesamtheit völkerung (!) faßte sie jedoch den Beschluß, eine besondere Kommission damit zu beauftragen, welche Erleichterungen und Milderungen jenen Bevölkerungsschichten zuteil werden könnten, welche durch einen allgemeineren Frankenlauf geschädigt werden.

Der Text der Verordnung selbst lautet:

Verordnung:

Auf Grund der Paragr. 19 und 23 des Kapitels 2 der Anlage zum Abschnitt 4 (Teil 3) des Friedensvertrages hat die Regierungskommission in ihrer Sitzung vom 16. März 1921 folgendes beschlossen:

§ 1. Vom 1. Mai 1921 ab werden sämtliche Einnahmen, gleichviel welcher Art, der Eisenbahn sowie der Post- und der Telegraphen-Verwaltung in Franken erhoben.

§ 2. Vom gleichen Tage ab wird das Personal der Eisenbahn sowie der Post- und Telegraphenverwaltung in Franken besoldet bzw. entlohnt.

§ 3. Der Regierungskommissar für öffentliche Arbeiten, Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen ist mit dem Vollzug dieser Verordnung beauftragt.

Saarbrücken, den 16. März 1921.

Im Namen der Regierungskommission des Saargebietes.

Der Präsident-Staatsrat Rault.“

Von juristischer Seite gehen uns zu dieser Maßnahme die nachstehenden beachtenswerten Ausführungen zu:

„Diese Anordnung widerspricht in höchstem Maße den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages über das Saargebiet. Nach den Friedensvertrag ist das Saargebiet nicht vom Deutschen Reich abgetrennt worden, es wird vielmehr lediglich 15 Jahre lang von der Regierungskommission, welche der Völkerbund einsetzt, regiert. Der Völkerbund ist nichts als ein Treuhänder Deutschlands, wie es in dem grundlegenden Artikel 49 des Vertrages ausdrücklich bestimmt worden ist. Die deutsche Staatshoheit ist geblieben, das Gebiet ist deutsches Inland, die deutschen Bewohner des Gebiets sind wie bisher Deutsche mit preußischer, bayerischer usw. Staatsangehörigkeit. Aus der deutschen Staatshoheit folgt ohne weiteres, daß das Münzwesen als Ausfluss der Staatshoheit unantastbar bleibt. Die Regierungskommission ist nach der Anlage zu dem Friedensvertrag über das Saargebiet allerdings mit großen Vollmachten — so z. B. §§ 19, 23 der Anlage — ausgestattet, aber diese Vollmacht findet ihre selbstverständliche Grenze an der vertraglich ausdrücklich garantierten deutschen Staatshoheit, soweit sie nicht ausdrücklich — französisches Zollsystem — geschmälerert ist. Die Regierungskommission ist daher nicht berechtigt, eine fremde Währung einzuführen. Indirekt ergibt sich dies auch daraus, daß dem französischen Staat für den Grubenbetrieb gemäß § 32 der Anlage das Recht zugebilligt ist, sich französischen Geldes bedienen zu dürfen; das soll also die Ausnahme sein. Eine völlige Mißachtung des Friedensvertrages ist daher die jetzige Anordnung der Einführung der Frankenwährung, sie verstößt, wie übrigens auch die Einführung anderer als der deutschen Postwertezeichen (Briefmarken) gegen die wichtigste grundsätzliche Regelung der Verhältnisse im Saargebiet und ist deshalb, worüber nach dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages juristisch kein Zweifel abzuhalten kann, nichtig. Die Anordnung der Regierungskommission beweist wiederum, daß sie, wie schon in vielen anderen Fällen, sich um die Friedensbedingungen nicht kümmert, und daß die vier übrigen Mitglieder der Regierungskommission lediglich unter französischer Leitung stehen und nichts sind als Statisten, die dem Befehl des französischen Vorsitzenden der Kommission blindlings folgen.“

Oft genug schon haben wir an dieser Stelle auf die Strebungen dieser landesfremden Regierungskommission hingewiesen, die eine Behörde zur Verwaltung des Saargebietes ist, sonst nichts. Schlägt diese neue Maßnahme nicht dem Faz den Boden aus? Eine Autorität auf dem Geiste der Währungsfragen, der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums Dr. v. Glasenapp, hat in einer Denkschrift vom 23. 1. 20 aus wirtschaftlichen und politischen Gründen die Frankenwährung für das Saargebiet abgelehnt. In gewaltigen Massen protestversammlungen haben sich alle Zweige der Angestelltenenschaft gegen die Einführung des Franken ausgesprochen. Die Eisenbahner haben sogar in geheimer Abstimmung mit Dreiviertelmehrheit diese Besoldungsart abgelehnt, und nun kommt sie doch?! Bleibt da der Völkerbund, der energisch in das falsch geführte Steuerrad der Regierungskommission eingeht? Erst kürzlich hat die deutsche Handelskammer noch eine Umfrage bei allen in Betracht kommenden Industriezweigen des Saargebietes gehalten und hat die einmütige Antwort bekommen, daß der Franken den Ruin des Saargebietes bedeute. Zusammengefaßt sind die schwerwiegenden Bedenken in den drei Sätzen:

1. Das Saargebiet verliert, in ähnlicher Weise wie durch einen Zollabschluß, den Bezug zum Teil unerlässlicher, deutscher Ware.

2. Die Kosten der Lebenshaltung im Saargebiet müssen sich erhöhen unter gleichzeitiger Schmälerung der allgemeinen Kaufkraft.

3. Der Handel des Saargebietes wird durch erhebliche Veränderungen seines Umsatzes zusammen mit Verlusten an Betriebskapital auf das schwerste gefährdet.

Doch daran braucht sich ja eine hohe Regierungskommission nicht zu stören. Was bedeutet für sie der Wille des Volkes, wenn die französischen Interessen darunter leiden?! Ist erst mal die Frankenwährung bei den Verkehrsinstanzen eingeführt, dann — fakultieren die hohen Beherrschter von Völkerbundsgnaden — wird auch der Handel gute Miene zum bösen Spiel machen müssen. Darum habt acht, Saardeutsche, lacht euch nicht nach und nach das Heft aus der Hand winden!

In diesem Zusammenhang ist es zu begrüßen, daß sich der neunte Ausschuß des Reichstages auf Antrag der bayerischen Mittelpartei endlich einmal entschlossen hat, die Saargebietssfrage im Reichstage aufzurollen und

ein Weißbuch über die Saarfrage herauszugeben.

Es ist unbedingt nötig, nötiger denn je, daß das deutsche Volk den Kampf der Saardeutschen um ihre verbrieften Rechte unterstützt, hat doch oft genug das Saarvolk und neuerdings erst wieder der Kreistag Saarbrücken-Land den

Auf nach dem Saarparlament

erhoben, das nach dem Friedensvertrag, Teil III, Abs. 4 § 26, vorzusehen ist, und dessen Konstituierung nun schon jahrelang von den Franzosen verhindert wird.

Eine Unterstützung des Saardeutschstums ist es allerdings nicht, wenn das Saargebiet noch ab und zu von deutschen Behörden als Ausland bezeichnet wird, wie es z. B. noch so häufig geschieht und letzens wieder geschehen ist, daß Briefe dorthin mit Auslandsporto freigemacht werden, oder gar von Behörden nicht die im Inlandsverkehr vorgeschriebenen Dienstmarken verwendet werden, sondern die für das Ausland allgemein zu verwenden gewöhnlichen Postmarken.

Wenn die Saarregierungskommission neuerdings

eigene Briefmarken

herausgibt (deren Abbildung wir in vorliegender Nummer bringen), so ist das ein angemachtes Recht und ein Übergriff in die deutsche Postgerechtsame, die nicht scharf genug prägewiesen werden können. Auch die vorgesehene Errichtung eines eigenen Postschekamtes für das Saargebiet ist weiter nichts als die Fortsetzung der alten Politik Frankreichs, die Fäden, die das Saargebiet mit seinem Mutterlande verbinden, einen nach dem andern zu lösen und zu zerreißen.

Und doch kann sich die Saarregierung den Fortschritten Deutschlands auf so zalem Gebiete nicht verschließen. So hat sie ja jetzt endlich darum verstehen müssen, den schärfendigen Arbeitstag einzuführen. — Auch zu weiteren Zugeständnissen werden allmählich die Nachhaber an der Saar durch Verhältnisse gezwungen. Die



Saarbrücken: Die Altstadt St. Johann.

außerordentliche Höhe der Kommunalsteuer

hat in weitesten Kreisen der Bevölkerung Unwillen erregt; jetzt muß die Regierungskommission klein beigegeben und hat beschlossen, daß das Steuersystem des Saargebietes dem im Reiche geltenden angehört wird. Danach sollen in Zukunft Einkommen von nicht mehr als 5000 Mark steuerfrei sein. Ferner soll der Einkommensteuertarif neu aufgestellt werden unter bedeutender Ermäßigung der Steuerräte. Wenn gleichzeitig durch ein Rundschreiben sämtlichen Behörden äußerste Sparfamilie zur Pflicht gemacht wird, so zeigt das einmal klar und deutlich, wohin bis jetzt die schrankenlose Misshandlung der Regierungskommission trieb.

Ein weiterer neuer Beweis für die

Knebelung und Mundtotmachung der Presse des Saargebiets ist die durch einige Blätter gegangene Mitteilung aus der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung, nach der der Bäckermeister Wannemacher in sein Amt eingeführt ist an Stelle des Stadtverordneten Oilmert — und nun heißt es wörtlich — „der dauernd an der Ausübung seines Mandats gehindert ist.“ Also es darf nicht einmal gesagt werden, weshalb. Nun, wir stellen es zum soundsovielten Male fest: der Abgeordnete Oilmert ist gegen Recht und Gesetz um einer untergeschobenen Lappalie willen von Haus und Hof vertrieben worden. Weil er angeblich Dokumente des Heimatdienstes bei sich trug, ist er vom französischen Kriegsgericht in contumaciam wegen Hochverrats (!) und Spionage (!) zu lebenslänglicher Deportation in ein bestiges Truppenlager Frankreichs verurteilt. So sieht das Spiegelbild dieser harmlosen Bemerkung „der dauernd an der Ausübung seines Mandats gehindert ist“ in Wirklichkeit aus.

Misshandlung,

wo man hinklickt. Auch die Direktion der Saarbrücker Straßenbahnen kann Einnahmen und Ausgaben nicht mehr in Einklang bringen. In allen anderen Betrieben ist es mehr

oder weniger ähnlich. So natürlich in erster Linie beim Saarbergbau. Wenn auch aus irgendwelchen bis jetzt noch nicht bekanntgewordenen Gründen der Chefsingenieur Dau m in Gnaden seinen Abgang genommen hat, der Mann, der die Arbeiter- und Angestelltenfrage der Saargruben mit nicht zu verkennenden Erfolg für die Franzosen in seinem Ressort bearbeitete, so ist doch ein Mann gefolgt, der, dem Vernehmen nach, den freien Willen der Arbeiter- und Beamtenchaft noch mehr knebeln wird. Vielleicht wird er bei den sich aus dem Lohnabbau im Saarbergbau ergebenden Fragen mit noch mehr Geschick die Knechtung deutscher Arbeitskraft ausführen. Jedem Volkswirtschaftler ist es bei Behandlung der Frage des Lohnabbaus klar, daß einem solchen zunächst der Abbau der Preise für die notwendigen Bedarfssachen vorangehen muß, aber die französischen Industrieritter und vor allem die französischen Bergverwalter scheinen umgekehrt zu verfahren. Die Saarbrücker „Volksstimme“ sagt in ihrer Stellungnahme hierzu: „Der Netto-Ertrag erwinn erschien den Herren der französischen Kammer wohl zu niedrig, deshalb wird der Lohn reduziert, um die Überschüsse zu steigern. Bei der Zusammensetzung der französischen Kammer ist dies nicht verwunderlich.“

Ja,

Land und Volk sollen ausgejogen werden!

heißt es doch in den Artikeln „Les Mines de la Sarre et le

Parlement français“, die der „Neue Saarburger“ in seinem französischen Teil laufend veröffentlicht: Deutschland habe zu viel und Frankreich zu wenig Kohlen und Einwohner, und somit Deutschland hergeben, was Frankreich zuweilen habe, zumal ja die Kohlengruben der Saar eine natürliche Ergänzung der

Eisengruben Lothringens bildeten. Man verkenne den Geist nicht, der hieraus spricht. Er charakterisiert die ganze französische Politik. So ist denn auch am 17. März in der französischen Kammer ein Gesetzentwurf angenommen, der ein Dominal-Bergwerk des Saargebietes schafft! Systematisch wird das Steuerruder mit Kurs nach Westen gedreht. Langsam, allmählich, sicher! Hat doch auch die von Erzfranzosen geleitete Handelskammer im elsässischen Straßburg in Anbetracht der Wichtigkeit der Saargruben für die Kohlenversorgung Ostfrankreichs den Wunsch nach einem Sitz in dem Verwaltungsausschuß der „Office des Mines de la Sarre“ ausgesprochen.

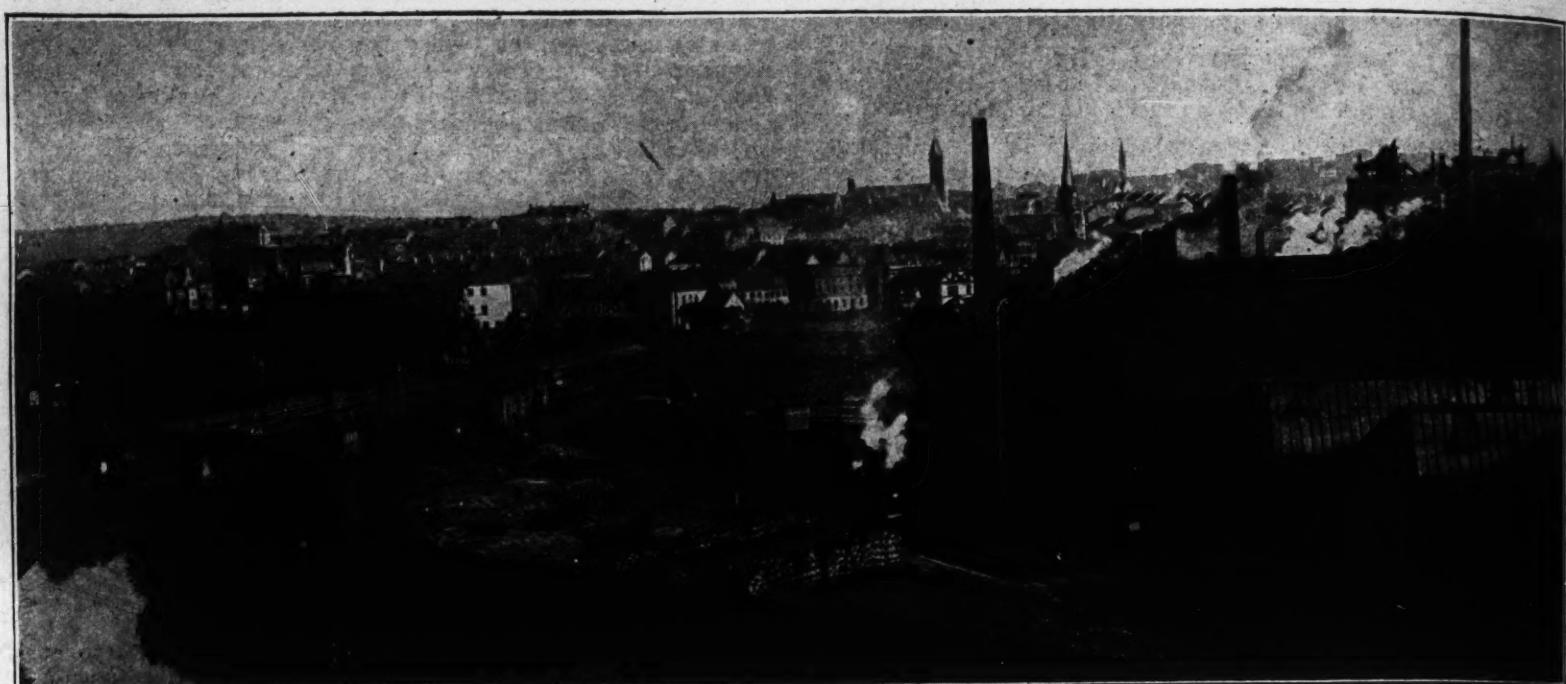
Der Industrie

wird mit sanfter Gewalt derselbe Kurs gewiesen, trotzdem sie durch alle Lebensfasern mit dem Heimatlande verbunden und verknüpft ist. So findet von Mai bis Juli in Saar gemünd eine große Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftsausstellung statt, zu der Erzeugnisse des Saargebietes offiziell gewünscht werden, und die französische Saarbrücker Handelskammer lädt in Tausenden von Exemplaren ihren zweiten Vierteljahresbericht in Frankreich verbreiten. Sie verspricht den Industrie- und den Handelskreisen das Blaue vom Himmel in ihrer in süßlichem Tone gehaltenen Ankündigung.

Wir können auch nicht umhin, dem

„Neuen Saarburger“

diesem Blättchen französischen Gepräges, wieder einmal seine Maske zu lüften. In dem Bestreben, seinem kleinen Leserkreis das Pariser Diktat bis zu einem gewissen Grade mundgerecht zu machen, druckt es Pariser Pressestimmen ab und gibt in Fettdruck die Bemerkung eines Pariser Zeitblattes wieder, in der es heißt: „Wenn das deutsche Volk einsähe, welch einen Fehler es durch die Verwerfung der Londoner Bedingungen begangen habe, und sich bereit erkläre, die moralischen und materiellen Garan-



Neunkirchen.

tien zu geben, die Frankreich für notwendig erachtet, dann werde es mithelfen, den wirklichen Weltfrieden zu schaffen (!!!).“ An anderer Stelle bekrittelt das Blättchen eine Entscheidung des französischen Kriegsministers, wonach die Nutzung der militärischen Kooperative, einer Art Konsumvereine für die im Saargebiet ansässigen Franzosen, vom 1. April auf die im Saargebiet befindlichen Militärpersonen und ihre Familien beschränkt wird. Der „Neue Saarkurier“ wirft deshalb der Regierungskommission vor, daß sie schlecht beraten und unterrichtet sei, wenn sie mit der Aufhebung der Vergünstigung das Saargebiet der Willkür der deutschen Lebensmittelverwaltung ausliefern, und sagt weiter, daß die französischen Vereinigungen im Saargebiet energischen Protest und eine Eingabe an das französische Kriegsministerium unbedingt machen müßten. Auch im Aulodprozeß fand der „Neue Saarkurier“ ein ihm erwünschtes Agitationsmittel und quetschte seine Giftdrüse aus, indem er hämisch meint, der alte preußische Geist der Brutalität und der Gewaltherrschaft lebe noch immer. Den pazifistischen (!) Deutschen falle es nach solchen Zeichen militärischer Herrschaft, Roheit und Freiheit, nach einer Verherrlichung der größten Kriegsverbrecher Ludendorff und Hindenburg (!!) schwer, an das neue Deutschland zu glauben. — Dazu nur eine ganz bescheidene Frage — in fremdem Solde schreibender Skribifax —: Wo ist eigentlich Gewaltherrschaft, Brutalität, Freiheit, Unterdrückung und Willkür zu Hause? In Deutschland oder — in Frankreich?

Ein würdiges

Kulturdokument

möge als nächstes Glied der französischen „Kultur“-Kette folgen. Nach dem Jahresbericht des Bürgerhospitals Saarbrücken für 1919 lagen dort 309 Prostituierte — 231 mehr als im Vorjahr! — Die Kosten beliefen sich auf 440 000 Mark, worüber die ehramen Saarbrücker Bürger höchst erstaunt die Köpfe schüttelten und nicht mit Unrecht erbost sind. An Geschlechtskranken überhaupt wurden 633 Personen behandelt, eine Riesenanzahl gegenüber den Zahlen früherer Jahre, als noch eine unvermischtte Bevölkerung an den Ufern der Saar saß. Importierte Kultur! Schmach und Schande über solche Kulturbinger!

Zu ihnen rechnet auch der

Typ des „neuen“ Saardeutschen,

wie der, welcher z. B. kürzlich in einem Gasthaus Saarbrückens äußerte: „Ich bin jetzt Saardeutscher, spreche Deutsch und war schon überall in Deutschland.“ Er bezog (seinem Aussehen nach der typische ehemalige französische Offizier) einen roten Saarpass mit Dreisprachenstempel. Es gilt also, vor diesen Saardeutschern auf der Hut zu sein! Ein anderer weit ungünstigerer Menschenbild ist der, zu dem der französische Offizier gehört, der kürzlich in Saarlouis wörtlich erklärte: „Ich denke, daß die Herren Boches von der Pariser Konferenz zufriedengestellt sind. Die Schweine werden jetzt bezahlt!“ Der sagt wenigstens unverhohlen, daß wir für ihn Schweine sind. An diesem Salontönen Frankreichs und seiner „glorreichen“ Söhne wird selbst der dümmste Deutsche keine Sympathien für Deutschland herausstehlen können.

Als in die Augen springenden Gegensatz hierzu muß man die Zeitungsnotiz gelesen haben, nach der aus Anlaß eines

Besuches des Präsidenten Raoul in der Brebacher Hütte das Werk feierlich geschmückt war. Es wird überhaupt bei allen Veranstaltungen von französischer Seite ein Tamtam gemacht, das einer besseren Sache wert wäre. Eine mit ziemlicher Sicherheit von französischer Seite inspirierte Mitteilung, die ebenfalls als Abklatsch durch sämtliche Saarzeitungen ging, verherrlichte in den höchsten Tönen ein „militärisches Schauspiel“, das auf dem Landwehrplatz in Saarbrücken stattgefunden hat, und bei dem die Verteilung von Orden und Ehrenzeichen mit Auß, Clairongeschmeißer, Paukenschlag und anschließender Parade zur Anfeuerung der Saarbrücker Bürger stattgefunden hat. „Unter den Dekorierten“, heißt es, „befand sich auch der im Saargebiet bekannte durch sein skrupellose Propaganda berüchtigte Major Richert.“ Nun, wenn Richert dabei war, dann sind sicherlich die „richtigen“ Leute dekoriert worden — aber nicht zur Anerkennung, höchstens zum Spott der guten Saarbrücker.

Der uns immer so gern zur Last gelegte

Militarismus

steht bei unserem schärfsten Gegner in überaus schönster Blüte. Auch die Pressung und Anwerbung junger deutscher Männer zur Fremdenlegion nimmt immer bedrohlichere Formen an. Nicht nur im besetzten Gebiet, auch im unbeketzten Deutschland gehen die Werber mit skrupelloser Frechheit vor. Jeder durch Saarbrücken kommende Nachzug befördert 30—50 solcher unglüdlichen Opfer nach Frankreich, um dann für die „Gloire“ der französischen Sklavenhalter in heissem Wüstensande ihr gutes deutsches Blut zu verspritzen. Ein würdiges Pendant zu schwarzem Schmach.

Zersplittert, zerhackt, zertreten, zerschlagen, so sollen wir Sklavenfesseln tragen. Das ist der Wille Frankreichs, des Diktators im Obersten Rat und im Völkerbund. Doch Geduld. Das Schwert ist zerschlagen, aber die Faust ist noch ganz. Und die Welt wird endlich die Triebkraft all des Unheils erkennen: die Rachsucht der „grande“ Nation, und mancher Lichtblick läßt darauf schließen, daß die geistige Umwälzung marschiert. So ist nach züberlässigen, von vielen Seiten bestätigten Nachrichten trotz der gegenwärtigen Meldungen französischer Blätter die Haltung der Arbeiter im neu besetzten Gebiet ausgezeichnet, geradezu sympathisch. Auch die Saarbrücker „Volksstimme“, die so häufig manchem deutschen Wort mit kräftigem Tone Ausdruck gibt, sagt: „Je ruhiger und sachlicher das deutsche Volk den neuesten Vertragsbruch auf sich nimmt, desto größer ist im Ausland der Eindruck, daß Deutschland moralisch im Recht ist.“ Zwar bleiben die wirtschaftlichen Privilegien des Saargebietes unberührt von den

sogenannten „Sanktionen“,

die keine sind, sondern die einen Gewaltakt schlimmster Art darstellen, aber doch werden sich auch hier die Folgen in Kürze indirekt bemerkbar machen. Überall kriselt es zuungunsten der Franzosen, überall bröckelt ein Stück vom Tam tam des Friedensdiktats ab und das satirische Gesicht des Hass und Rachsucht, Angst und Lügenhaftigkeit spinnenden Frankreich lugt grinsend hervor.



Homburg.

Unser „Saar-Freund“, der nichts tut, als daß er die laut Versailler Diktat jedem Lande zugestandene Tätigkeit für die Erhaltung des diesem zugehörigen Gebietes ausübt, wird von französischer Seite heftig bekämpft. Die frühere oberste Militärverwaltung hatte — nach unseren Informationen — ein

Verbot des „Saar-Freund“

für das Saargebiet erlassen, ohne daß die sonst übliche Bekanntmachung in der Presse des Saargebietes erfolgt ist. Seitens der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ ist am 14. Mai 1920 der Regierungskommission in Saarbrücken ein Protest übermittelt worden, auf den bis heute noch keine Antwort erfolgt ist. Wenn auch rechtlich nach dem Einsetzen der Regierungskommission durch den Völkerbund das damals erlassene Verbot nicht aufrechterhalten werden kann, so müssen wir doch Wert darauf legen, daß die Regierungskommission endlich einmal hier reinen Tisch schafft. Also wie steht's? Verboten oder erlaubt? Pressefreiheit oder Knebelung? Vorläufig sind Gott sei Dank im Saargebiet noch deutsche Gesetze gültig, und nach denen gibt es nur eine Pressefreiheit.

Daz wir mit unseren Bestrebungen den Kern treffen und den Beifall des gesamten deutschen Volkes täglich, ja ständig in reichem Maße ernten, ist uns eine Genugtuung. Besonders aber hat es uns gefreut vom

Schleswig-Holsteinerbund ein Kundgebungstrogramm zu erhalten, das wir nachstehend unsern Brüdern im Saargebiet als einen herzfrischenden Gruß des Einverständnisses mit unseren in Schleswig-Holstein dem Vaterlande zurückgegebenen Brüdern übermitteln:

Die am Jahrestage der glücklichen Volksabstimmung der zweiten Zone Schleswigs in 12 Massenversammlungen vereinte Einwohnerchaft Flensburg sendet treue Grüße den Deutschen an der Saar, die durch den Diktatfrieden von Versailles unter Verwerfung des natürlichen Selbstbestimmungsrechtes einer 15-jährigen Zwangsherrschaft

unterworfen wurden. Die Schleswig-Holsteiner gedenken mit inniger Teilnahme der Leiden des Bruderstammes an der Saar und sind überzeugt, daß die endliche Volksabstimmung an der Saar klar erweisen wird, daß das deutsche Volk eine untrennbare Einheit ist. Schleswig-Holsteinerbund.“

Das deutsche Volk eine untrennbare Einheit!

Das ist ein Wort, dessen sich alle Deutsche wieder und immer wieder erinnern sollten. Ganz besonders aber möchten wir es den Organisationen, Vereinen, Einzelpersonen und vor allen Dingen der Presse des Saargebietes ans Herz legen.

Schließt einen Burgfrieden,

solange der Franzose in euren Mauern! Verfolgt einheitlich ohne Partei- und Religionsgezänk mit Macht den einen hohen und heiligen Gedanken, daß ihr das Deutschtum auf hart umbrannte Wollwerk hochhalten und tapfer verteidigen müßt gegen die immer deutlicher hervortretenden französischen Macht- und Annexionsgelüste! Haltet zusammen! Lacht die Wogen um euch branden, seid stolz, daß ihr Deutsche seid oder lernt es wieder, stolz zu sein!

Deutschland, o Deutschland! Sieh, es brachen Schranken:

Aus Völkern hebe sich ein Volk empor!
Frohlockend sehen Römer, Briten, Franken,
Wie sich im Bruderzwist dein Geist verlor.
Denk' deiner Tapfern, die im Feuer sanken!
Reiß' in dir Wall und Mauern ein und Tor!
In deine Hand ist dein Geschick gegeben:
Deutschland, du großes Deutschland, wolle leben!

Gebt uns unser Selbstbestimmungsrecht!

Präsident Wilson hat bei seinen Verhandlungen mit Deutschland stets das Selbstbestimmungsrecht der Völker betont. Uns Saardeutschen aber ist das Selbstbestimmungsrecht genommen worden! Daz wir vom Völkerbundsrat keine Gerechtigkeit zu erwarten haben, hat uns dieser mit seinen Entscheidungen bewiesen! Wir wenden uns deshalb jetzt an Amerika. Herr Präsident Harding! Wollen Sie als Oberhaupt eines Landes, welches vor 60 Jahren für Aushebung des schwarzen Sklavenhandels gekämpft hat, mit ansehen, daß wir und unsere Landsleute als weiße Sklaven an Frankreich verschachert werden? Herr Präsident! verschaffen Sie uns das Selbstbestimmungsrecht in Form der geheimen Abstimmung!



„Am Stiefel“ bei Sengscheid.

Sonstige Nachrichten aus dem Saargebiet.

An der Abstimmung in Oberschlesien teilzunehmen, hatten sich auch 150 im Saargebiet ansässige Abstimmungsberechtigte nicht nehmen lassen. Ihnen gebührt der Dank der Heimat, daß sie den langen Weg und die Unbillden der Reise nicht gescheut haben, um ihrer vaterländischen Pflicht zu genügen. — Die amtliche Bezeichnung „Direktion der Saarbahnen“ ist abgeändert worden in „Eisenbahndirektion des Saargebietes“. — Die Ferienordnung für das Saargebiet ist wie folgt festgelegt: Osterferien vom 23. März bis 6. April, Pfingstferien vom 13. bis 24. Mai, Herbstferien vom 29. Juli bis 25. September, Spätherbstferien vom 29. Oktober bis 9. November, Weihnachtsferien vom 21. Dezember bis 3. Januar. Schuljahr 7. April 1922. — Bei der Saarbrücker Polizeidirektion fand die Prüfung von 41 auf Probe angestellten Polizeibeamten statt, die ihre Prüfung mit Erfolg bestanden. — Mit dem 15. März ist auch ein polizei-technisches Laboratorium im Gebäude der Polizeidirektion Saarbrücken errichtet worden, in dem alle Hilfsmittel untergebracht sind, die zur schnellen und sicheren Ermittlung und Aufklärung von Verbrechen erforderlich sind. — Am Realgymnasium in Neunkirchen bestanden 13 Oberprimaer die Reifeprüfung, am Realgymnasium in Merzig 8, am Gymnasium in Saarlouis 13 und am Realgymnasium in Dillingen 9. — Christian Woytt,

dessen Name als Maler der Schönheiten unserer Saarheimat den besten Klang hat, stellt gegenwärtig in den Schauspielen der Gemäldegalerie van Hees zwei neue Werke aus. — Eine gewaltige Kundgebung für die konfessionelle Schule fand am 17. März unter Beteiligung von über 3000 Personen in Neunkirchen statt, bei der die einmütige Entschließung angenommen wurde des Inhalts, die konfessionelle Erziehung der Jugend in der jetzigen Volks- und der künftigen Grundschule beizubehalten. — In St. Wendel tagten am 15. März die

Bürgermeistereivertretungen des ganzen Kreises und saften den Entschluß, die Versorgung des Kreises mit elektrischem Strom in die Wege zu leiten. Die Kosten sind mit 4 Millionen Mark veranschlagt. — Bei der Versteigerung ging das Schmidtsche Wohnhaus in Wiebelskirchen zum Preise von 50 000 M. in den Besitz des Eisenbahners Engers über. — Mit der Errichtung eines Saarkraftwerkes in der Saar bei Mettlach scheint es jetzt ernst zu werden. Die Ausführungen der Schürf- und Bauarbeiten zur Untersuchung des Baugrundes sind von dem Ingenieurbureau für Wasserkräftanlagen in Trier öffentlich ausgeschrieben. — Mit der Amtsanzwaltung Saarlouis ist auf Anordnung der Regierungskommission die Amtsanwaltschaft Merzig verbunden worden. Ebenso wird die Gewerbeinspektion vom 1. April ab von Merzig nach Saarlouis verlegt. — Zwischen Besseringen, Mettlach und Britten wütete am 13. März ein großer Waldbrand, dem etwa 100 Morgen des Gemeindewaldes Besseringen zum Opfer fielen. — Über 300 Kinder aus St. Ingbert, Homburg und Zweibrücken werden am 5. April zur Erholung bei rheinisch-bayerischen Bauern untergebracht werden. — In der letzten Sitzung des Stadtrates St. Ingbert wurden die Leuerungszulagen der städtischen Beamten analog denen der Staatsbeamten erhöht. — Die Kirteler Jagd ist zum Preise von 17 000 M. an den Fabrikanten Kaiser verpachtet worden. Der bisherige Pachtpreis betrug 500 M.

Vereine. Der historische Verein für die Saargegend hielt am 17. März eine Mitgliederversammlung ab, in welcher der Vorsitzende, Professor Ruppersberg, den Bericht über das vergangene Jahr erstattete. Der Verein zählte am Ende des Jahres 21 Ehrenförderer, 56 Förderer und 233 andere Mitglieder, im ganzen 310 Mitglieder. Studienrat Pier schied aus dem

Vorstand aus und wurde ersetzt durch Professor Bünz. — Die Einweihung der Gedenktafel für seine gefallenen Mitglieder beging am Sonntag, dem 6. März der Männergesangverein „Mälzäiter Liederfranz“ unter feierlicher Weihe. — Auf Einladung des Vereins römisch-katholischer Kirchenangestellten fand am 7. März in Saarbrücken eine Versammlung aller katholischen Organisten des Saargebietes im Vereinshause statt. Es wurde beschlossen, in jedem Jahre einmal einen mehrtägigen liturgisch-musikalischen Kursus stattfinden zu lassen. — Am 9. März hielt der Verein der Holzinteressenten an der Saar in Saarbrücken eine zweitordentliche Generalversammlung ab, zu der auch Vertreter befreundeter und benachbarter Holzfachverbände erschienen waren. Assessor Lütke hielt dort einen Vortrag über die neue Steuergesetzgebung im Reiche und die wichtigsten Steuerprobleme des Saargebietes. — Der Saarverband der Haus- und Grundbesitzervereine hat seit seiner Gründung im vorigen Jahr einen großen Aufschwung genommen. Die Zahl der Einzelvereine ist ständig im Steigen begriffen und beträgt jetzt schon über 40.

Sport. Die Einweihung der Gedenktafel für seine Gefallenen, die der Turn- und Sportverein St. Arnual am 13. März in der altehrwürdigen Stiftskirche beging, gestaltete sich zu einer ergreifenden und erhebenden Feier, die besonders verschont wurde durch die Mitwirkung des Männergesangvereins St. Arnual. — Der Saar-Blies-Gau der deutschen Turnerschaft, dem 41 Vereine mit über 12 000 Einzelmitgliedern angehören, richtet eine Kundgebung an die Eltern der schulentslassenen Jugend, die zur Entwicklung und Gesundung in die Turnvereine, die in allen Orten des Saargebietes vorhanden sind, eintreten zu lassen. — Die Kreisspiele um die süddeutsche Meisterschaft, Borussia-Neunkirchen gegen Sportverein Mainz, hatten das Resultat 1:2. — Großen Straßenpreis vom Saargebiet nennt der Radfahrerverein „Blick“-Faulautern ein großes internationales Straßenrennen, das er am 8. Mai d. J. über eine Strecke von 150 Kilometern zum Austrag bringt. Das

Rennen ist mit Geld- und Wertpreisen in Höhe von 4000 M. ausgestattet. — Der Sportverein 10 Gersweiler spielte am 19. März gegen die spieltüchtige Mannschaft des Sportklubs 07 Altenkessel. Das Ergebnis war 2:2.

Personalnachrichten. Die in Nr. 4 des „Saar-Freund“ gewordene Ausweisung des Finanzdirektors Brill ist nicht erfolgt und beruht auf einer irrtümlichen Meldung, die vielleicht zu einem ganz bestimmten Zwecke verbreitet worden war. Geheimer Brill erfreut sich nach wie vor des Vertrauens der Franzosen. — Zum Oberregierungsrat ernannt wurde der Dezenent für das höhere Schulwesen des Saargebietes Regierungsrat Dr. Colling. — Am Stelle des Direktors des Knapschafts-Obersicherungs-amtes Saarbrücken Krautwitsch (früherer Sekretär in Dillingen, auf dessen Werdegang wir später zurückkommen) wurde das Mitglied des Oberbergamtes Dr. jur. Reibacker zum Direktor ernannt. — Rektor A. Conrad, Saarbrücken, wurde als Nachfolger des erkrankten Herrn Hahn zum Regierungsrat ernannt. Ihm ist die Leitung des evgl. Volksschulwesens im preußischen Teil des Saargebietes übertragen worden. — Rektor Waterodt, Saarbrücken, ist als Hilfsarbeiter in die Zentralverwaltung an der Schulabteilung der Regierung berufen worden. — Im Justizdienst: Ernannt wurde zum Amtsgericht bei den Amtsgerichten Saarlouis und Merzig der Amtsanwaltschaftsobersekretär Bernard in Saarbrücken. Sitz des Amtsanwalts ist Saarlouis. — Befördert wurde zum Justizinspektor der Justizobersekretär Rupprecht beim Amtsgericht Saarlouis. — Ferner wurden ernannt: Der Gerichtsaktuar Steinhausen beim Amtsgericht in Saarlouis und der Justizsekretär Reisenrath in Merzig zum Justizobersekretär beim Amtsgericht Saarlouis. — Weiter wurden Justiz-



Grube Heinrich.

Justizsekretär Brenner zum Rendanten, der Justizobersekretär Wagner zum Justizbüroinspektor befördert. — Der Obersekretär des Amtsgerichts Neunkirchen, Rechnungsrat Brand, ist ebenfalls zum Justizbüroinspektor ernannt worden. — Cand. jur. Otto Ley, Neunkirchen, hat das Referendarexamen bestanden. — Der als Prototollführer zum Sondergericht des Saargebietes kommandierte Polizeiwachtmeister Hochreiter ist zum Polizei-Oberwachtmeister befördert worden. — Im Postdienst: Ernannt wurden der Oberpostsekretär Lasky zum Postamtmann beim Postamt in Saarlouis und Oberpostsekretär Philipp, bisher beim Postamt in Saarlouis, zum Postamtmann in Dillingen. — Postsekretär Paul Jacob in Saarbrücken konnte auf eine 25jährige Tätigkeit bei der Post zurückblicken. — Im Eisenbahndienst: Ernannt wurde: der Verkehrskontrolleur Jäger in Saarbrücken zum Eisenbahn-Inspektor und ersten Vertreter des Amtsvorstandes des Verkehrsamts Saarbrücken, der Gütervorsteher Conrad in Saarbrücken zum Verkehrsinspektor. — Versetzt wurden: Oberbahnhofsassistent Stuppel von Burbach nach Saarbrücken, Eisenbahnhofsassistent Kaspers von Saarlouis Bahnhof zur Güterabfertigung, kom. Eisenbahnhofsassistent Manthey von Sulzbach nach Saarbrücken, Lademeister Schreiber von St. Wendel nach Srb-Wallstatt, Oberbahnhofsassistent Joh. Müller von Saarlouis nach Simmern. — Die Prüfung haben bestanden: zum Eisenbahn-Assistenten: die Stationsaspiranten Manthey in Sulzbach, Speicher in Völklingen und Tromedle in Saarbrückensleifmühle, zum Unterassistenten: die Eisenbahngehilfen Frey in Lebach, Heinrich in Limbach, Schneider in Dechen, Jenal in Gersweiler, Dörrenbacher in Dechen und Weichensteller Kleinstdörler in Quierschied, ferner wurden ernannt: die Lokomotivführer Trößl, Heinzen, Seibert, Mohr 2 und Schneider, Wilh. 3 in Saarbrücken, Ball und Försch in Neunkirchen, Braun und Beyer in St. Wendel zum Lokomotivführer (rückwirkend ab 1. 10. 1920). — Versetzt wurde: Eisenbahngehilfe Lohr in Ichenplätz nach Reden. — Im Schuldienst: Versetzt wurden Lehrer Nikolaus Dorr von Hüttingen nach Eilsberg, Lehrerin Barbara Ludwig am Schaffhausen nach Fraulautern. — Ausgeschieden sind Lehrer Gust. Stock in Wehrden, Lehrerinnen Barbara Blatt in Fraulautern und Magdalena Trapp in Differdange. Anstellung erhielten die Schulamtsbewerber Peter Bost in Lisdorf, Richard Dittschied in Neuburg, Jakob Mailänder in Fraulautern, Josef Spinnenecker in Tremersdorf. Die Schulamtsbewerberinnen Dorothea Schäfer in Eisdorf und Katharina Kahn in Saarwellingen. — Der Gemeindevertreter und erste Beigeordnete Rektor Königsberg, Bildstock, wurde zum Vorsitzenden der Schuldeputation von Friedrichsthal ernannt. — Zum Doktor der Zahnheilkunde promovierte bei der medizinischen Fakultät der Universität Bonn der Zahnarzt Gustav Vogel, Völklingen. — Zum Bürgermeister von Andernach gewählt wurde der seitherige Bürgermeister von St. Wendel Mettlich. — Rechtsanwalt Fiz von St. Ingbert wurde in Homburg zum Bürgermeister gewählt. — Justizrat Notar Aufschneider konnte sein 30jähriges Amtsjubiläum in Homburg begehen. — Adjunkt Wohl, der erste Vertreter des verwaisten Bürgermeisteramts St. Ingbert, hat seinen Posten definitiv niedergelegt. — Studienrat Benecke, St. Ingbert, wurde nachträglich mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. — Zum Bürgermeister von Bliesmengen-Bolchen wurde der Landwirt Ludwig Klingler aus Bliesbolchen gewählt.

Todesfälle: Lokomotivführer a. D. Philipp Fürst, 65 J.; Rottenführer Heinrich Stach, 60 J.; Willi Philipp, 20 J.; Frau Helene Keller, geb. Kratz, 66 J.; Frau Oskar Hanck, Thela geb. Schürmann, 67 J.; Frau Wwe. Palm; Frau Wwe. Heinrich Altpeter; Frau Karoline Eckeler, 58 J.; Frau Lenne Schmidt, geb. Herbst, 20 J.; Fr. Heliane Traeger, 8½ J., alle in Saarbrücken. — Faktor Karl Joh. Sauer, 39 J.; Karl Dietrich, 50 J.; Frau Wwe. Karl Bock, geb. Maria Böck, 78 J.; Frau Maria Breit, geb. Weber, 26 J.; Frau Charlotte Barbara Wendt, geb. Schmidt, 55 J.; Frau Wwe. Eduard Herrmann, geb. Dorothea John, 73 J.; Frau Elisabeth Kaas, geb. Jenni, 24 J.; Frau Marienchen Eisler, geb. Besenroth, 27 J.; Frau Josephine Brenner, geb. Flöck, 45 J.; Frau Luise Reicharth, geb. Braun, 55 J.; Frau Wwe. Klara Maria Adams, 42 J.; Wwe. Jakob Kaiser, Elisabeth geb. Schwarz,

72 J.; Frau Elisabeth Broissius, geb. Rothaar, 79 J., und Frau Johann Bergerich, geb. Katharina Weber, 42 J., sämtlich in Neunkirchen. — Frau Katharina Gosenburger, geb. Riedeler, 54 J., und Ernst Herbrich, in Völklingen. — Eduard Burger, 32 J., und Philipp Braumberger, 20 J., in Jägersfreude. — Lydia Zumbröd, 32 J., in Friedrichsthal. — Jakob Philipp Huppert, 68 J.; Maria Karoline Franz, 22 J., in Fürstenhausen. — Philipp Engel, 19 J., in Hühnerfeld. — Kanzlist Ludwig Martin, 37 J., in Hellgenwald. — Frau Katharina Becker, geb. Stettes, 25 J., in Ottershausen. — Dr. Florentin Hallwachs, 74 J., in Sulzbach. — Aderer Peter Rupp-Hennrich, 70 J., in Gräfenthal. — Pens. Bergmann Johann Zewe, 54½ J., in Gennweiler. — Nikolaus Kunzler-Speicher, 63 J., in Überherrn. — Frau Wwe. Peter Paul Weidig, geb. Anna Marg. Hahn, 71 J., in Wustweilerhof. — Frau Wwe. Nikolaus Schweizer, Eleonore geb. Hochmuth, 88 J., in Wallersfangen. — Frau Sophia Gierend, geb. Jungfleisch, 35 J., in Spiesen. — Frau Katharina Mathieu geb. Math, 54 J.; Frau Peter Fellinger, Barbara geb. Fischer, 64 J., beide in Saarlouis. — Studienrat Professor Friedrich Wille, 56 J., in Merzig. — Gastwirt Carl Ant. Lins, 61 J., in Beckingen. — Frau Wwe. Katharina Höök, geb. Müller, 67 J.; Pens. Glaschenseher Jakob Porcher, Kriegsveteran von 1870/71, 76 J., beide in St. Ingbert. — Frau Sophie Dutsch, geb. Schwindt, 31 J., in Bischmisheim.

Aus unserem Nachbarlande Elsaß-Lothringen.

Die Kluft zwischen Einheimischen und Franzosen erweitert sich immer mehr und ist gegenwärtig nach zuverlässigen Nachrichten schon größer als die, die je zwischen Elsaß-Lothringern und Alldeutschen bestanden hat. Die Elsaß-Lothringen und Franzosen sind aneinander vollkommen irre geworden. Die Beamten sind unzufrieden, weil die Franzosen ihre Versprechungen nicht gehalten haben. Die Geistlichkeit ist ständig bemüht, den Schaden, den chauvinistische Heizer angerichtet haben, auszugleichen. Die Londoner Konferenz hat in Elsaß-Lothringen Protestversammlungen gegen die friedestörende Politik der Entente ausgelöst. Im allgemeinen ist die Bevölkerung gegen einen neuen Krieg und verlangt wieder und immer wieder die Lösungen der Versprechungen, die ihnen die Franzosen gemacht haben. — Bekanntlich sind in Lothringen hauptsächlich drei Steinkohlenbergwerke in Betrieb: de Wendel, bei Forbach-Kleinrosseln (der Firma de Wendel in Hayingen gehört), Saar und Mosel mit Merlenbach als Zentrum und La Houve bei Kreuzwald (einer Aktiengesellschaft in Straßburg gehörig). Nachdem der Arbeitgeberverband der Saarindustrie zwecks Reduzierung der Löhne den Tarifvertrag gekündigt hat, haben nunmehr auch die Kohlengruben von Kleinrosseln eine Herabsetzung der jetzigen Lohnsätze angekündigt. Mit dem vorhergehenden Termin von sechs Wochen sind die Lohnverträge vom 26. September 1919 und 3. September 1920 bereits gekündigt worden von Seiten der Firma Les Petits Fils de François de Wendel u. Co. Aller Voraussicht nach werden auch die übrigen Arbeitgebergruppen im lothringischen Bergbau diesem Lohnabbau folgen. Angesichts der der Bergarbeiterchaft drohenden Lage, insbesondere aber angesichts des diktatorischen Vorgehens der Grubenherren, müßte die gesamte Arbeiterschaft der Lothringen Gruben sich zu energischer Gegenwehr zusammenfinden.

Die neue 40 Pf.-Mark.



Ein weiterer Missbrauch der Versailler Bestimmungen.

Die neue 30 Pf.-Mark.

gerichtet haben, auszugleichen. Die Londoner Konferenz hat in Elsaß-Lothringen Protestversammlungen gegen die friedestörende Politik der Entente ausgelöst. Im allgemeinen ist die Bevölkerung gegen einen neuen Krieg und verlangt wieder und immer wieder die Lösungen der Versprechungen, die ihnen die Franzosen gemacht haben. — Bekanntlich sind in Lothringen hauptsächlich drei Steinkohlenbergwerke in Betrieb: de Wendel, bei Forbach-Kleinrosseln (der Firma de Wendel in Hayingen gehört), Saar und Mosel mit Merlenbach als Zentrum und La Houve bei Kreuzwald (einer Aktiengesellschaft in Straßburg gehörig). Nachdem der Arbeitgeberverband der Saarindustrie zwecks Reduzierung der Löhne den Tarifvertrag gekündigt hat, haben nunmehr auch die Kohlengruben von Kleinrosseln eine Herabsetzung der jetzigen Lohnsätze angekündigt. Mit dem vorhergehenden Termin von sechs Wochen sind die Lohnverträge vom 26. September 1919 und 3. September 1920 bereits gekündigt worden von Seiten der Firma Les Petits Fils de François de Wendel u. Co. Aller Voraussicht nach werden auch die übrigen Arbeitgebergruppen im lothringischen Bergbau diesem Lohnabbau folgen. Angesichts der der Bergarbeiterchaft drohenden Lage, insbesondere aber angesichts des diktatorischen Vorgehens der Grubenherren, müßte die gesamte Arbeiterschaft der Lothringen Gruben sich zu energischer Gegenwehr zusammenfinden.

Aus dem besetzten Rheinland.

„Wir Deutsche fürchten Gott
Und sonst nichts auf der Welt!“
(Bismarck, geb. 1. April 1815.)

Schwer getroffen sind durch die Ausführung der „Sanktionen“ weitere Gebiete des Rheinlandes. Das ganze wirtschaftliche und politische Leben im Rheinland steht unter den Auswirkungen dieser Gewaltmaßnahmen. Und trotzdem macht sich in allen Kreisen der Bevölkerung der feste Wille

kund, auch diese neue Vergewaltigung geduldig zu ertragen im Interesse des Friedens, den wir für unser deutsches Vaterland so notwendig gebrauchen. — In dem am 14. März zusammengetretenen rheinischen Provinziallandtag, an dem auch ein französischer Überwachungsoffizier teilnahm, wies der Oberpräsident Freiherr Groote besonders darauf hin, daß es ihm nicht möglich sei, über die gegenwärtige Lage frei zu den Teilnehmern zu sprechen. Unter allgemeinem Beifall sagte er aber: „Hier zusammen schmeiden soll uns dieses Leid zu einem Fühlen, zu einem Wollen!“ Der Provinziallandtag gab dementsprechend eine Erklärung ab, daß er trotz Not, Leid und Sorge treu zum Heimatlande halte und gegen die erfolgte und die noch geplanten Maßnahmen im Namen der Rheinprovinz schärfsten Einspruch erhebe. — Natürlich hat auch die französische Propaganda nicht einen Moment gezögert, ihre jeden guten Deutschen anwidernde Tätigkeit in dem neu besetzten Teil sofort aufzunehmen. So berichtete das „Echo de Paris“, daß sich die Führer der Unabhängigen und Kommunisten den interalliierten Militärbehörden freiwillig vorgestellt und erläutert hätten, daß sie die Besetzung Düsseldorfs nicht als feindseligen Akt gegen das deutsche Volk ansahen, sondern als einen Schritt ausübender Gerechtigkeit (!), und das Blatt sagt zum Schluß, diese freiwillige Unterstützung der Arbeiterpartei sei den Verbündeten außerordentlich wertvoll. Es ist ja zur Genüge bekannt, daß die ganz linksstehenden Parteien mit Vorliebe die Arbeit unserer Feinde unterstützen. Aber dennoch verhält sich die Sache nicht so, wie sie das „Echo de Paris“ wieder gibt. Die „Kölnische Zeitung“ stellt diese Ausführungen richtig und sagt: „Es ist zwar bekannt, daß einzelne Führer der Unabhängigen in Hoffnungsloser politischer Verbohrtheit und Großmannsucht oder auch aus noch dunkleren Gründen die Geschäfte der Verbündeten betreiben; wir können indessen nicht annehmen, daß eine größere Anzahl von Unabhängigen sich dem oben erwähnten Schritt, bei dem jedes Wort der Kritik zu viel ist, angeschlossen hat.“ Des weiteren wird von dem größten Teil der Arbeiterschaft diese sensationelle Mache entschieden zurückgewiesen. Es ist eben wieder die hinreichend bekannte Ausnützung einiger Lumpen, die durch Geld und Versprechungen für Zwecke der französischen Propaganda gewonnen sind. — Um dem besetzten Rheinland eine enge Fühlung mit dem Mutterlande zu geben, hat das Reichskabinett beschlossen, beim Reichsministerium des Innern die Stelle eines Staatssekretärs für die besetzten Gebiete einzurichten. — Auch Lloyd George ist mit der französischen Annexionspolitik nicht zufrieden, und es soll zwischen ihm und Briand eine klare Auseinandersetzung stattgefunden haben, in der er sich gegen ein französisches linkes Rheinufer aussprach. — Ferner haben die Stadtverordneten Düsseldorf in einer Kundgebung ausgesprochen, auszuhalten in dem unerschütterlichen Glauben an die Gerechtigkeit und in inniger heiter Liebe zu unserem schwer geprüften deutschen Vaterlande, in der festen Hoffnung auf künftige bessere Tage. — Die Zensur ist von den Besatzungsbehörden seit dem 9. März wieder verstärkt ins Leben gerufen worden. Sozensiert die britische Besatzungsbehörde die Briefsendungen und überwacht die Telephon- und Ferngespräche. Ferner hat die interalliierte Kommission die Zensur der pfälzischen Zeitungen angeordnet. Und zum Kapitel Pressefreiheit möge als weitere Illustration dienen, daß der „Simplizissimus“ und die „Deutsche Zeitung“ für drei Monate im besetzten Gebiet verboten sind. — Hand in Hand mit alldem mehren sich auch wieder die Willküralte, Uebergiffe und Schikanen. So sind am 12. März acht Mitglieder des Schutz- und Truhbundes in Cleve verhaftet und ins Gefängnis geworfen worden, weil: „der Schutz- und Truhbund eine verbotene politische Vereinigung zur Schädigung und Bekämpfung der Entente sei“. — Bei ihrem Einmarsch in die neuen besetzten Gebiete haben die Alliierten auch sofort ein Streikverbot erlassen. — Mit welcher Unverschämtheit französischerseits selbst im rheinischen Gebiete auf die Abstimmung in Oberschlesien einzuwirken versucht wurde, geht aus der Schilderung hervor, die über die Abfahrt der Abstimmungsberechtigten vom Bahnhof Duisburg bekannt wird. Die dort eingerichtete Kaffeeküche wurde, nachdem sich französische Soldaten zuvor reichlich hatten bewirten lassen, geschlossen, und an die Abstimmungsberechtigten durste weder Kaffee noch sonstige Erfrischungen ausgegeben werden. Die für die Abfahrt bestellte Musikapelle wurde von Soldaten mit aufgepflanztem Bajonet vom Bahnhof gedrängt, und den französischen Offizieren machte es Spaß, den Musikern mit Reitpeitschen auf die Finger zu schlagen. Sogar den Damen, die sich zu der Liebestätigkeit auf dem Bahnhof eingefunden hatten, wurde übel mitgespielt. Liebesgabenpaletti u. w. wurden beschlagnahmt, ebenso die schwarzen und gelb-weißen Fahnen. Ferner mußten die Flaggenmasten entfernt werden. Dem Bezirksleiter der vereinigten Ver-

bände wurde vom Bahnhofskommandanten die Aktenasche mit den Dokumenten über die Abstimmung entriß, und diese wurde ihm erst nach einem schriftlichen Protest beim Ortsdelegierten auf Vermittlung des Oberbürgermeisters unter dem Hinweis darauf, daß hieraus ein Wahlprotest entstehen könne, nach vielen Bögern wieder ausgehändigt. — Eine offensichtlich von den Franzosen inspirierte Zeitungsnotiz läßt auch wieder die bekannte Art der französischen Propaganda in grellstem Licht erscheinen. Danach sollte ein Schupo-Offizier einen französischen Offizier erschossen haben, da er von letzterem mit der Reitpeitsche ins Gesicht geschlagen sei. Wie zu erwarten, wurde diese Meldung nach kurzer Zeit dementiert. Jedenfalls ist die Neutralen hausten geht, um zu beweisen, wie notwendig die Besetzung für die Durchführung des Versailler Diktats ist. Allein wahr an der ganzen Geschichte stellt sich heraus, daß ein Schupo-Offizier mit 300 M. Geldstrafe belegt wurde, weil seine Leute einen Besatzungsoffizier nicht begrüßt hätten. — Der volksparteiliche Parteisekretär Jenk und der Stadtverordnete Weber in Wiesbaden wurden durch die französische Militärpolizei verhaftet und wie Schwerverbrecher gesellen abgeführt, da sie nach Ansicht der Franzosen für ein von der Deutschen Volkspartei an die Vertrauensleute verteiltes Flugblatt mit dem Bildnis der Königin Luise verantwortlich seien. Sie wurden nach den neueren Meldungen zu fünf bzw. vier Monaten Gefängnis verurteilt mit der Begründung, daß dieses Wahlflugblatt auf die Erhebung Preußens nach dem Tilsiter Frieden Bezug nehme und damit Unruhe in die Bevölkerung hineingetragen hätte. — Wenn haben die alliierten Militärbehörden in Düsseldorf und in den Vororten über 650 und in Ruhrort und Duisburg über 700 Privatwohnungen für Offiziere und Beamte beschlagnahmt.

Wirtschaftliche Nachrichten.

Das Saargebiet und die „Sanktionen“.

Zu dieser die Saargebietbevölkerung in allen ihren Schichten und Berufen in Mitleidenschaft ziehenden Frage schreibt die Saarbrüder Handelskammer folgendes:

Die nach Abbruch der Londoner Konferenz in Kraft getretenen wirtschaftlichen „Sanktionen“ müssen naturgemäß in großem Ausmaße auch die handels- und verkehrswirtschaftlichen Beziehungen des Saargebietes zu dem unbesetzten Deutschland und vor allem zu dem in eine neue zollpolitische Form gebrachten besetzten Gebiet beeinflussen. Es hat sich im Laufe der letzten Tage in den handels- und Industriekreisen des Saargebietes eine gewisse Beunruhigung bemerkbar gemacht, die an sich bei der Ungewissheit der Lage und der Auswirkungen der „Sanktionen“ auf das Saargebiet erklärt ist. Zu dieser Beunruhigung oder gar Aufregung liegt jedoch, wie wir versichern können, ein unmittelbarer Anlaß nicht vor. Unsere Handelskammer hat bereits in eingehenden Besprechungen mit der Regierungskommission, der französischen Zolldirektion und der Direktion der Saarbahnen, soweit es augenblicklich möglich ist, Klärung zu erlangen gesucht und wird sorgsam darüber wachen, daß in keinem Punkte die Wirtschaftsinteressen des Saargebietes unberücksichtigt bleiben oder daß die saardeutschen Handels- und Gewerbetreibenden von den notwendig werdenden Veränderungen unvorbereitet getroffen werden.

Unter allen Umständen steht fest, daß die Privilegien des Friedensvertrages, welche dem Saargebiet in wirtschaftlicher Hinsicht zumindest für die ersten fünf Jahre seit dessen Inkrafttreten zugebilligt worden sind, durch die Inkraftsetzung der wirtschaftlichen „Sanktionen“ nicht berührt werden, also grundsätzlich in Geltung bleiben.

Was im einzelnen nun zunächst die erste der Sanktionen, die Errichtung einer Zollgrenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland und die Schaffung eines eigenen, unter autonomer Zollordnung stehenden linksrheinischen Zollgebietes angeht, so steht fest, daß der Charakter des Saargebietes als ein Teil des französischen Zollinlandes erhalten bleibt, daß also die französische Zollgrenze und die Handhabung der französischen Zollbestimmungen der bisherigen saardeutschen Zollgrenze weiter bestehen bleibt. Ebenso wird, wenigstens vorläufig, die deutsche Zollhandhabung an der bisherigen Westgrenze des deutschen Zollinlandes nach den deutschen Zoll- und Zolltarifbestimmungen beibehalten werden. Die Errichtung einer besonderen Zollgrenze am Rhein wird, wie mit ziemlicher Sicherheit erwartet werden kann, weder für den zollfreien Verband von Waren des Saargebietes nach dem besetzten und unbesetzten noch auch für den zollfreien Bezug deutscher Waren aus dem unbesetzten wie aus dem besetzten Gebiet etwas zu ändern. Nötigenfalls werden die aus dem unbesetzten Deutschland kommenden, für den zollfreien Eingang im Saargebiet bestimmten Waren im gebundenen Transportverkehr durch das neue linksrheinische Zollgebiet durchgeführt



Abend an der Saar:

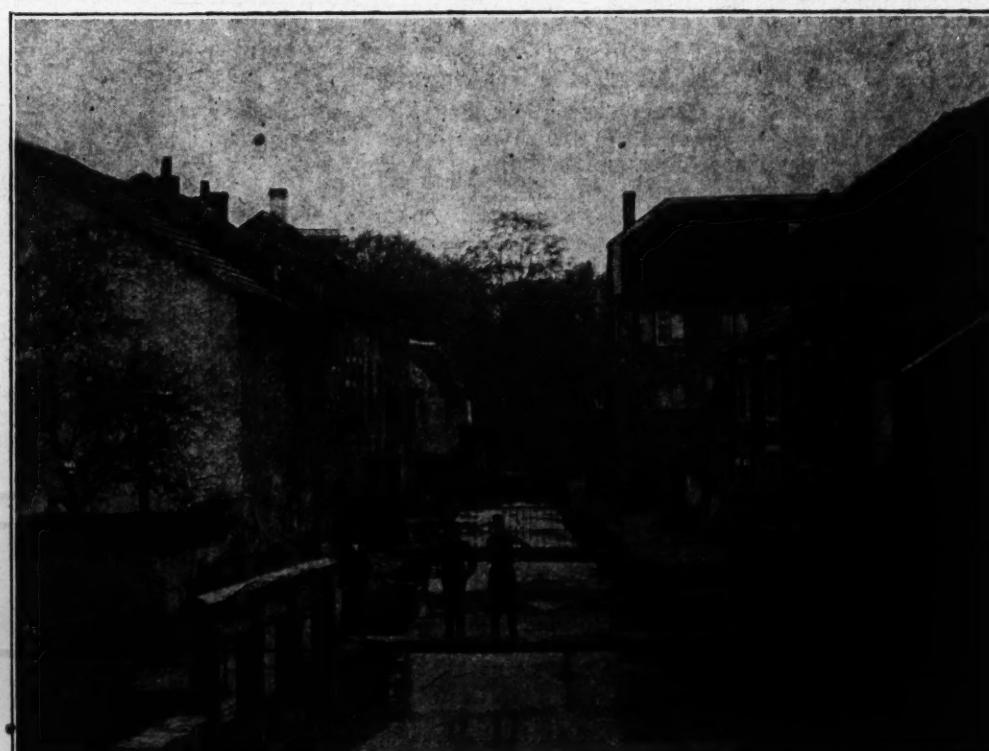
Abb. 1 zu dem Artikel: Abend an der Saar.

werden müssen. Jedenfalls wird die Regierungskommission, wie der Handelskammer gegenüber ausdrücklich versichert wurde, nichts unterlassen, um eine dem Wirtschaftsinteresse des Saargebiets am meisten entsprechende Regelung für den zollfreien Bezug, die gehörfreie Durchfahrt und den zollfreien Verband bei den entscheidenden alliierten Stellen zu erreichen. Zunächst also bleibt, zumal die deutschen Zollbehörden des linksrheinischen Gebietes, wenn auch unter Kontrolle der interalliierten Rheinlandkommission stehend, unverändert ihren Dienst weiter versehen, grundsätzlich alles bei der bisherigen Regelung.

In gleicher Weise wie die Vorschriften der Zollbehandlung bleiben bis auf weiteres auch die Bestimmungen der französischen und der deutschen Außenhandelskontrolle, also die Handhabung der französischen und der deutschen Aus- und Einfuhrverbote, in Kraft. Diese werden also wie bisher dem Saargebiet gegenüber an der saardeutschen Zollgrenze gehandhabt.

Hinsichtlich der zweiten Sanktion, der Ablösung von 50 Prozent des Kaufpreises von allen aus Deutschland nach alliierten Ländern gehenden Warenlieferungen an die Staatsklassen dieser alliierten Länder, ist die Befürchtung aufgetaucht, daß auch auf die Lieferungen aus dem besetzten oder unbesetzten Deutschland nach dem Saargebiet diese Sanktion angewandt würde. Wenn nun auch eine endgültige Entscheidung noch nicht gefällt ist, so darf doch wohl als ziemlich sicher angenommen werden, daß dies nicht der Fall ist, daß also die Lieferungen deutscher Veräußerer an saardeutsche Käufer wie Lieferungen innerhalb Deutschlands oder Lieferungen an neutrale Länder behandelt werden. Völlig zweifellos ist, daß die Lieferungen von Erzeugnissen des Saargebiets nach Frankreich oder an das sonstige Ausland nicht als deutsche Lieferungen im Sinne der Sanktionen gelten können. Vorkehrungen werden freilich entsprechend den in London verlautbarten Grundzügen getroffen werden müssen, um zu verhindern, daß deutsche Waren, die außer Anwendung der Sanktionen nach dem Saargebiet gekommen sind, von hier aus zwecks Umgehung der Sanktion nach alliierten Ländern weiter versandt werden.

Es steht zu erwarten, daß zu Anfang nächster Woche die Verhältnisse so weit geklärt sind, daß über den Warenverkehr des Saargebiets mit dem besetzten Gebiet und dem unbesetzten Deutschland maßgebliche und zuverlässige Bestimmungen bekanntgegeben werden können.



Merzigs Klein-Venedig. Partie am Seffersbach.

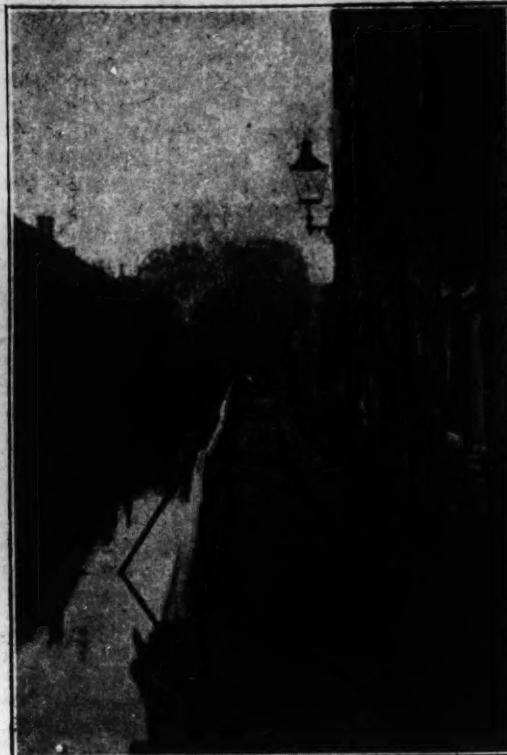
Abb. 2 zu dem Artikel: Abend an der Saar.

Sonstige wirtschaftliche Nachrichten.

Wie die deutsche Handelskammer mitteilt, ist der Delegierte ermächtigt worden Sammelausfuhbewilligungen für gemischte Warenlieferungen zur Ausfuhr aus dem Reich nach dem Saargebiet für kleine Mengen, die zum Kleinverkauf bestimmt sind, zu erteilen. Diese Ermächtigung gilt auch für solche Waren, für die der Delegierte an sich keine Vollmachten zur Erteilung von Ausfuhrbewilligungen erhalten hat. Voraussetzung ist jedoch, daß es sich um kleine Mengen handelt und daß kein Verdacht besteht, daß bestehende Bestimmungen umgangen werden. — Das Reichsgericht hat die Stadt Saarbrücken auf Grund des Tumultschädengesetzes vom Jahre 1850 für alle Schäden haftpflichtig erklärt, die infolge der Plünderungen im Oktober 1919 entstanden sind. Der Schaden belief sich im Saargebiet auf 20 Millionen Mark und in der Stadt Saarbrücken auf 7 bis 8 Millionen Mark. Aus dem Jahresbericht der Saarbrücker Höheren Technischen Lehranstalt entnehmen wir, daß die Anstalt im Wintersemester von etwa 300 Schülern besucht war.

Saarbergbau und Saarindustrie.

Die Wirtschaftskrise und der Saarbergbau. Neuerst schwer wurde der Saarbergbau von der Wirtschaftskrise berührt. Es ist natürlich, daß Absatzschwierigkeiten der Saarhütten-Industrie auch ungünstige Einwirkungen auf die Kohlenlieferungen der Saargruben an die Saarhütten, den in erster Linie für die Saargruben in Betracht kommenden Abnehmer, haben muß. Sodann haben die Saargruben in Frankreich, wohin wegen der Einstellung der Lohn- und Geschäftsgebarung der Saargruben auf Franken, der im Saargebiet selbst nicht unterzubringende Förderanteil geliefert werden müßte, nicht die genügende Absatzmöglichkeit. Die Eigenförderung der französischen Gruben (mit Einschluß der Lothringschen Gruben), die in aufwärtssteigender Entwicklung begriffen ist, die Lieferungen Deutschlands auf Grund der im Versailler Vertrag enthaltenen Kohlenlieferungsverpflichtungen, die Kohleneinfuhr aus Amerika und England, haben in Frankreich den Kohlenmangel beseitigt, weshalb die Nachfrage nach Saarkohlen stark zurückgegangen zu sein scheint. Sodann stößt die Saarkohle in Italien, wohin



Merzigs Klein-Benedig.
Partie am Seffersbach.

Abb. 3 zu dem Artikel: Abend an der Saar.

Kohlenmangels zugunsten Frankreichs aufgegeben worden waren, die jetzt wegen der Frankenpreisgebarung sich nicht mehr ohne weiteres zurückerobern lassen. So trat der Zustand ein, daß infolge Absatzmangels der Saargruben (obwohl in Deutschland noch ein großer Bedarf an Kohlen besteht), bereits 7 Feierschichten eingelegt wurden und von Karfreitag bis zum 2. Osterfeiertag nicht gearbeitet worden ist. Um die verlorenen deutschen Absatzmärkte wieder zurückzuerlangen zu können und alte zu halten, muß ein Abbau der Saarkohlenpreise erfolgen. Leider war, wie die Verwaltung behauptet, der Preisabbau nicht ohne Lohnkürzung durchführbar. Die Wirtschaftskrise hat somit zu einer doppelten Belastung der Saarbergleute geführt: einmal der Lohnausfall wegen der Feierschichten, und dann der recht empfindliche Verlust durch die Lohnkürzung. Und zu beachten bleibt, daß die durch den Frankenlauf im Saargebiet hervorgerufene Teuerung noch gar keine Anzeichen für einen Abbau erkennen läßt. Es wird auch noch gemeldet, daß man zum ersten Male seit langer Zeit am 12. 3. von den Haldenbeständen Kohlen abstoßen konnte; es wurde nicht nur die Tagesförderung, sondern auch von jeder Grube 250 Tonnen Lagerkohlen versandt. Der bessere Absatz hängt wahrscheinlich vielfach mit der Aufnahme der Kohlensendungen nach Italien zusammen. Der Vorrat der Haldenbestände wird aber immer noch auf mehr als 200 000 Tonnen geschätzt.

Januar-Statistik der Saargruben. Die Belegschaft der Saargruben betrug Ende Januar 71 679 Bergarbeiter (Vormonat 71 383). Die gesamte Monatsförderleistung belief sich auf 817 907 Tonnen (im Dezember 873 224 To.). Der Selbstverbrauch der Gruben und der Bergleute war 85 827 To. (Vormonat 97 868 To.); Lieferung an die angegliederten Betriebe zwecks Verkolzung 26 316 To. (Vormonat 29 018 To.), zwecks Brikettierung 1482 To. (Vormonat 1603 To.). Für den Verkauf waren 704 282 Tonnen Kohle verfügbar (der Versand im Vormonat betrug 667 870 To.). Auf den Halden lagen Ende Januar 196 095 Tonnen Kohlen (Ende Dezember 163 993 Tonnen).

Die Entziehung des Urlaubs im Saarbergbau ist die unangenehmste Überraschung, welche der Saarbergarbeiter durch den staatlichen französischen Arbeitgeber bereitet wurde. Nach einer Mitteilung an die Organisationsvertreter findet vom 1. April ab eine Bezahlung der Urlaubsschichten nicht mehr statt. In diesem Vorgehen spiegelt sich ein Teil der französischen Sozialpolitik, die ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben fast garnicht kennt.

Grubenbauten. In St. Ingbert wird zurzeit in der Rischbach ein neues Bergamtsgebäude gebaut. Es schließt sich an die Verleihhalle an. — Auf der Grube Bergbach wird durch die Baufirma Albert-Mittelbergbach ein neues Compressor-Fundament zur Lüftung der Schächte erbaut.

Die Rücktrittsfrist der Bergbeamten der Saargruben ist nicht, wie in letzter Nummer irrtümlich berichtet, auf unbestimmte Zeit verlängert worden, sondern nur bis zum 31. März 1922. Über Rücktrittsgesuche von diesem Termin ab entscheidet nicht

Frankreich Saarhole lieferte, auf die amerikanische Konkurrenz. Durch die Freigabe der englischen Kohlenbewirtschaftung und Aufhebung der Kohlenzwangsbewirtschaftung in Innerfrankreich ab 15. Februar und in Elsaß-Lothringen voraussichtlich ab 1. April, wird sich sicher auch die englische Konkurrenz für die Saarkohle in Frankreich in den kommenden Zeiten noch fühlbarer bemerkbar machen. Für die Saargruben machte sich in dem Augenblick, wo im Westen nicht mehr die genügende Absatzmöglichkeit vorhanden war, der Umstand recht ungünstig fühlbar, daß die natürlichen Absatzgebiete in Süddeutschland in den Zeiten des großen

mehr das Fürsorgeamt für Beamte aus den Grenzgebieten, sondern der Minister für Handel und Gewerbe nach Anhörung der örtlichen Beamtenvertretungen.

Die Glashütte A.-G. in St. Ingbert ist an dem mit 2 Millionen Mark Grundkapital in Eisenach gegründeten Werrawerk, A.-G., beteiligt.

Jung Saarvolks Sang!*)

Melodie: Bergmannslied (Glückauf, der Steiger kommt).

Deutsch ist die Saar, deutsch für immerdar,
Und deutsch ist unsres Flusses Strand,
Und ewig deutsch mein Heimatland.

Deutsch schlägt das Herz, stets sonnenwärts,
Deutsch schlugs, als ihm das Glück gebracht,
Deutsch schlägt es auch in Leid und Nacht.

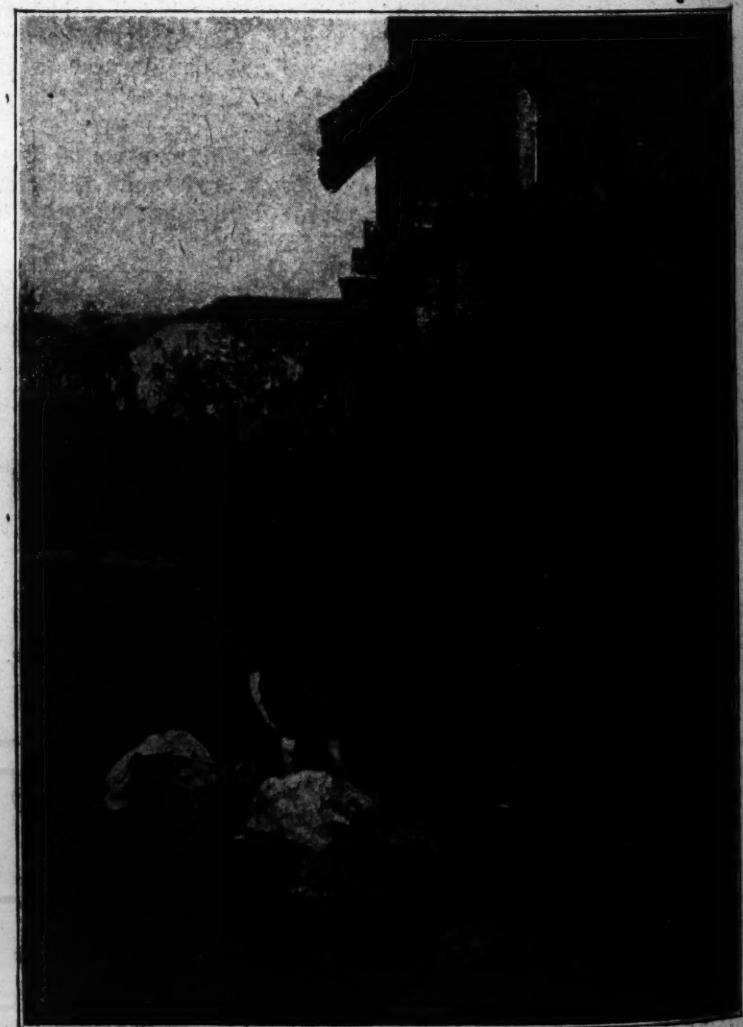
Deutsch bis zum Grab, Mädchen und Knab',
Deutsch ist das Lied und deutsch das Wort,
Und deutsch des Bodens schwarzer Hort.

Reicht euch die Hand. Schlinge ein Band,
Du junges Volk, das deutsch sich nennt,
In dem die deutsche Sehnsucht brennt, Mutter, nach dir.

Ihr Himmel hört, Jungsaarvölk schwört,
Laßt uns es in den Himmel schrein,
Wir wollen niemals Knechte sein, nie Knechte sein!

* Hierzu schreibt uns der Einsender obigen Gedichtes:

„Bei meinem kürzlichen Besuch in meiner Heimat, dem Saargebiet, begnkte ich einem Trupp zehnjähriger Saarbrücker Jungen, die mit ihren hellen und frischen Kinderschämen ein wirklich wunderbares Lied sangen, dessen Inhalt mich aufs tiefste bewegte und in größte Verwunderung setzte. Auf meine Frage, was denn die Franzosen sagen, wenn sie solche schönen Lieder singen hören, antwortete ein kräftiger, kleiner Junge mit den herzhaften Worten: „Was leid und an die Franzose, die kriegen von uns noch ihre schenke Seng!“ Das mir die Aussprache mit den braven Jungen von Herzen wohlgetan hat, brauge ich Ihnen wohl nicht zu versichern. Ich bin aus dem Saargebiet jedenfalls mit der festen Überzeugung geschieden, daß die Erziehung Jungdeutschlands dorfschäßt in den besten Händen liegt, und daß Saarbrücken deutsch ist und bleiben wird, und daß Saarbrücken und das Saargebiet nie und nimmer französisch werden.“



Alte Mühle in Merzig.

Abb. 4 zu dem Artikel: Abend an der Saar.

Ein Abend an der Saar.

Von M. Beders.

(Mit 10 Abbildungen.)

Ein heiüber Sommertag ist zur Neige gegangen. Erst gegen Abend habe ich mich hinaus gewagt. Nun sitze ich am Ufer der Saar und freue mich der langersehnten Kühle. Vor mir ausbreitet liegt das weite Tal. Rechts schieben sich bewaldete Berge tulissenartig voreinander, links ziehen sie mit einer einzigen, festen Linie die Grenze zwischen Lothringen und dem Saargau. Freudliche Dörfer, Felder und Wiesen, und inmitten des Talstells die Saar. Die Stadt ruht zu Füßen des Kreuzbergs. Neben dem Fluss hat sie gerade Raum gefunden, sich behaglich auszustrecken. Einen Arm hält sie um den Berg geschlungen. Nach Osten ist sie dem Seffersbach eine Strecke weit aufwärts gefolgt. Historische alte Häuser hocken hier zu beiden Seiten dicht neben dem Bach. Den Verkehr zwischen hüben und drüben vermitteln schmale Brücken und Stege. Kleine Gäßchen kommen von den hohen Straßen her, sie haben sich zwischen die Häuser geschoben, hier sind sie daheim. Immerzu ohn' Rast und Ruh' dreht das Rad die Mühle, die klappert heute wie vor hundert Jahren, das Klappern gehört zum Handwerk. Es ist dies der älteste Teil der Stadt, Merzigs Klein-Benedig. Weiter das Tal des Seffersbachs hinauf läuft die Kleinbahn, sie bringt täglich Arbeiter und Bergleute aus dem Waldland ins Kohlengebiet der Saar. Etwa eine halbe Stunde aufwärts ist die Grenze des Saargebietes, hinter Brotdorf.

Im Osten der Stadt, Alt-Merzig ganz nahe, bauten einst Prämonstraten-Nonnenkloster und Kirche neben der Hartkirche, die auf dem Friedensplatz stand. Jetzt ist nur noch die Klosterkirche da, sie ist seit 1731 Pfarrkirche. Damals gehörten Siegen, Harlingen, Menningen, Britten und Merchingen zur Paroisse. Merzig war Dekanat, es gehörte zum Erzdekanate des heiligen Mauritius in Tholey und umfasste 45 Pfarreien. Als infolge der französischen Revolution die Klöster säkularisiert wurden, sollten auch die Güter der Abtei Böggassen, die das Patronatsrecht in

heiliger Pfarrei besaß, eingezogen werden. Dem Probst von Merzig gelang es aber, die Güter seiner Probstei bis 1807 zu erhalten. In diesem Jahre wurden die Klostergüter veräußert, nur die eigentlichen Pfarrgüter blieben unberührt. Seit Jahrhunderten hatte die Stadt ein Hospital, es diente gleichzeitig als Gefängnis. In seinen Räumen waren auch die Gerichtssitzungen.

Merzig hat eine reiche Geschichte, fast könnte man sagen Leidengeschichte. Denn allzeit ist der Saargau der Schauplatz wüster Feindseligkeiten und blutiger Kämpfe gewesen. Seit den Tagen der Römer, die das alte Marcetum gründeten und besiedelten, genoss es wenig ungetrübte Jahre. Vandale, Alanen und Sueven verbitterten das Land. 411 kamen die Franken und Alemannen, plünderten und brandschatzen. Ein Augenzeuge, Salvianus, berichtet über die Schrecknisse, die das arme Volk erduldet. Auch die Hunnen sind auf ihrem Zuge nach Chalons wahrscheinlich durch die Saargegend gekommen. Im vierzehnten Jahrhundert wüteten Hungersnot und Pest furchtbar im Lande. 1525 schlug Richard von Greifenklau die Unruhen der Bauern an den Grenzen in der Paulskraft voll nieder, so daß sein Land verschont blieb. Auch die Religionswirren fanden hier keinen Boden. Franz von Sickingen, der zwar plündernd und brennend durch den Saargau, doch die Chronik meldet, bei der Belagerung von Trier sei nur „eine Ahel, zwei Hoener und eine Moisse (Maus)“ getötet worden. Mit dem siebzehnten Jahrhundert beginnt die Zeit des Schreckens eigentlich erst. In einem Zeitraum von hundert Jahren, von 1618—1714, war das Land kaum zehn Jahre in Ruhe und ohne feindliche Ein-

fälle. Während des dreißigjährigen Krieges starben Tausende durch Hunger und Seuchen, verödet und ausgestorben waren ganze Ortschaften. Seit 1633 bis gegen Ende des Jahres 1638 wurden die Pfarrregister nicht geführt. Dann litt das Land durch die Raubzüge Ludwig XIV. Später schlug die französische Revolution ihre Wellen bis zu uns herüber, es folgten die Kriege Napoleons, bis endlich das gehezte Volk und das arme, ausgesogene Land unter der Herrschaft Preußens gefunden und aufzuleben konnten. Heute ist unser Saargebiet wieder schwer heimgesucht, dem Feinde 15 Jahre lang auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

(Schluß folgt.)

Zum 600. Geburtstage einer rheinischen Grenzstadt.*)

Saarbrücken, die jüngste Großstadt des Rheinlandes, blickt in diesem Jahre auf eine 600jährige Vergangenheit zurück. Im März des Jahres 1321 verlieh Graf Johann I. von Saarbrücken—Commercy, ein Verwandter Kaiser Heinrichs VII. von Luxemburg, der Stadt Saarbrücken und dem auf dem anderen Ufer der Saar gelegenen Dorfe St. Johann einen Freiheitsbrief. Durch ihn wurden die Bürger der vereinigten Stadt für frei erklärt und erhielten eine eigene Verwaltung sowie die niedere Gerichtsbarkeit.

Die Geschichte der Stadt Saarbrücken—St. Johann und des Saargebietes ist überall wechselvoll verlaufen. Seit dem Jahre 870, dem Vertrage von Mersen, gehörte das Saargebiet dem Reiche an. Die Stadt selbst kam im Mittelalter schon zu einiger Bedeutung, da sie an dem Kreuzungspunkt zweier wichtiger Handelsstraßen lag, deren eine von Mecklenburg nach Mainz, die andere von Mailand nach den Niederlanden führte. Dem halbfranzösischen Grafenhaus Saarbrücken—Commercy folgte im 14. Jahrhundert das katholische Haus Nassau, welches das Land an der Westmark fester mit dem Deutschen Reiche verband. Im 30-jährigen Kriege wurden

Stadt und Land schwer heimgesucht, und Graf Wilhelm Ludwig mußte im Jahre 1635 vor den Scharen des Generals Gallas nach Mecklenburg flüchten, wo er fünf Jahre später im Elend starb. Seine Söhne erhielten im Westfälischen Frieden ihr zum Teil von dem (von Frankreich geraubten) Bistum Mecklenburg abhängiges Land zurück.

Kaum hatten sie mit dem Wiederaufbau des Wohlstandes begonnen, als König Ludwig XIV. von Frankreich seine Hand nach dem Saargebiet ausstreckte. Im Jahre 1673 rückten französische Truppen in Saarbrücken ein, und ihr Führer verlangte von dem Grafen Gustav Adolf den Anschluß an Frankreich. Der Graf erklärte ihm, lieber sterben oder als Bettler davongehen zu wollen, als dem Kaiser die Treue zu brechen. Darauf wurde er als Gefangener nach Mecklenburg gebracht. Auf die dringenden Bitten und Vorstellungen seiner Gemahlin ließ man ihn zwar frei, verwies ihn aber aus seinem Lande. Als kaiserlicher Generalmajor wurde er in einem Gefecht gegen die Franzosen in der Nähe von Straßburg im Jahre 1677 tödlich verwundet. In demselben Jahre brannte seine von den Franzosen besetzte Stadt Saarbrücken bei der

*) Dieser vorzügliche Aussatz, der in knappen Worten erschöpfend eine Schilderung der Geschichte Saarbrückens gibt, ist der „Kölner Zeitung“ v. 2. 3. entnommen.



Klinkermühle, im Hintergrund: Brotdorf.

Abb. 5 zu dem Artikel: Abend an der Saar.



Merzigs Klein-Benedig.
Partie am Seffersbach.

Abb. 3 zu dem Artikel: Abend an der Saar.

Kohlenmangels zugunsten Frankreichs aufgegeben worden waren, die jetzt wegen der Frankenpreisgebarung sich nicht mehr ohne weiteres zurückerobern lassen. So trat der Zustand ein, daß infolge Absatzmangels der Saargruben (obwohl in Deutschland noch ein großer Bedarf an Kohlen besteht), bereits 7 Feierschichten eingelegt wurden und von Karfreitag bis zum 2. Osterfeiertag nicht gearbeitet worden ist. Um die verlorenen deutschen Absatzmärkte wieder zurückgewinnen zu können und alte zu halten, muß ein Abbau der Saarkohlenpreise erfolgen. Leider war, wie die Verwaltung behauptet, der Preisabbau nicht ohne Lohnkürzung durchführbar. Die Wirtschaftskrise hat somit zu einer doppelten Belastung der Saarbergleute geführt: einmal der Lohnausfall wegen der Feierschichten, und dann der recht empfindliche Verlust durch die Lohnkürzung. Und zu beachten bleibt, daß die durch den Frankenumlau im Saargebiet hervorgerufene Teuerung noch gar keine Anzeichen für einen Abbau erkennen läßt. Es wird auch noch gemeldet, daß man zum ersten Male seit langer Zeit am 12. 3. von den Haldenbeständen Kohlen abstoßen konnte; es wurde nicht nur die Tagesförderung, sondern auch von jeder Grube 250 Tonnen Lagerkohlen versandt. Der bessere Absatz hängt wahrscheinlich vielfach mit der Aufnahme der Kohlensendungen nach Italien zusammen. Der Vorrat der Haldenbestände wird aber immer noch auf mehr als 200 000 Tonnen geschätzt.

Januar-Statistik der Saargruben. Die Belegschaft der Saargruben betrug Ende Januar 71 679 Bergarbeiter (Vormonat 71 388). Die gesamte Monatsförderleistung belief sich auf 817 907 Tonnen (im Dezember 873 224 To.). Der Selbstverbrauch der Gruben und der Bergleute war 85 827 To. (Vormonat 97 868 To.); Lieferung an die angegliederten Betriebe zwecks Verkolung 26 316 To. (Vormonat 29 018 To.), zwecks Briquetterierung 1482 To. (Vormonat 1603 To.). Für den Verlauf waren 704 282 Tonnen Kohle verfügbar (der Verlauf im Vormonat betrug 667 870 To.). Auf den Halden lagen Ende Januar 196 095 Tonnen Kohlen (Ende Dezember 163 993 Tonnen).

Die Entziehung des Urlaubs im Saarbergbau ist die unangenehmste Überraschung, welche der Saarbergarbeiterchaft durch den staatlichen französischen Arbeitgeber bereitet wurde. Nach einer Mitteilung an die Organisationsvertreter findet vom 1. April ab eine Bezahlung der Urlaubsschichten nicht mehr statt. In diesem Vorgehen spiegelt sich ein Teil der französischen Sozialpolitik, die ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben fast garnicht kennt.

Grubenbauten. In St. Ingbert wird zurzeit in der Rischbach ein neues Bergamtsgebäude gebaut. Es schließt sich an die Verleihhalle an. — Auf der Grube Bexbach wird durch die Baufirma Albert-Mittelbach ein neues Compressor-Fundament zur Lüftung der Schächte erbaut.

Die Rücktrittsfrist der Bergbeamten der Saargruben ist nicht, wie in letzter Nummer irrtümlich berichtet, auf unbestimmte Zeit verlängert worden, sondern nur bis zum 31. März 1922. Über Rücktrittsgesuche von diesem Termin ab entscheidet nicht

Frankreich Saarkohle lieferte, auf die amerikanische Konkurrenz. Durch die Freigabe der englischen Kohlenbewirtschaftung und Aufhebung der Kohlenzwangsbewirtschaftung in Innerfrankreich ab 15. Februar und in Elsaß-Lothringen voraussichtlich ab 1. April, wird sich sicher auch die englische Konkurrenz für die Saarkohle in Frankreich in den kommenden Zeiten noch fühlbarer bemerkbar machen. Für die Saargruben machte sich in dem Augenblick, wo im Westen nicht mehr die genügende Absatzmöglichkeit vorhanden war, der Umstand recht ungünstig fühlbar, daß die natürlichen Absatzgebiete in Süddeutschland in den Zeiten des großen

mehr das Fürsorgeamt für Beamte aus den Grenzgebieten, sondern der Minister für Handel und Gewerbe nach Anhörung der örtlichen Beamtenvertretungen.

Die Glashütte A.G. in St. Ingbert ist an dem mit 2 Millionen Mark Grundkapital in Eisenach gegründeten Werrawerke, A.G., beteiligt.

Jung Saarvolks Sang!*)

Melodie: Bergmannslied (Glückauf, der Steiger kommt).

Deutsch ist die Saar, deutsch für immerdar,
Und deutsch ist unsres Flusses Strand,
Und ewig deutsch mein Heimatland.

Deutsch schlägt das Herz, stets sonnenwärts,
Deutsch schlugs, als ihm das Glück gebracht,
Deutsch schlägt es auch in Leid und Nacht.

Deutsch bis zum Grab, Mädchen und Knab',
Deutsch ist das Lied und deutsch das Wort,
Und deutsch des Bodens schwarzer Hort.

Reicht euch die Hand. Schlinge ein Band,
Du junges Volk, das deutsch sich nennt,
In dem die deutsche Sehnsucht brennt, Mutter, nach dir.

Ihr Himmel hört, Jungsaarvolf schwört,
Laßt uns es in den Himmel schrein,
Wir wollen niemals Knechte sein, nie Knechte sein!

* Hierzu schreibt uns der Einsender obigen Gedichtes:

„Bei meinem kürzlichen Besuch in meiner Heimat, dem Saargebiet, begegnete ich einem Trupp zehnjähriger Saarbrücker Jungen, die mit ihren hellen und frischen Kinderstimmen ein wirklich wunderbares Lied sangen, dessen Inhalt mich aufs tiefste bewegte und in größte Verwunderung setzte. Auf meine Frage, was denn die Franzosen sagen, wenn sie solche schönen Lieder singen, antwortete ein kräftiger, gesunder Junge mit den herzhaften Worten: „Was lebt und an die Franzose, die kriegen von uns noch ihre schönste Seng!“ Dass mir die Aussprache mit den braven Jungen von Herzen wohlgetan hat, brauche ich Ihnen wohl nicht zu versichern. Ich bin aus dem Saargebiet jedenfalls mit der besten Überzeugung geschieden, daß die Erziehung Jungdeutschlands dortselbst in den besten Händen liegt, und daß Saarbrücker deutsch ist und bleiben wird, und daß Saarbrücken und das Saargebiet nie und nimmer französisch werden.“



Alte Mühle in Merzig.

Abb. 4 zu dem Artikel: Abend an der Saar.

Ein Abend an der Saar.

Von M. Beckers.

(Mit 10 Abbildungen.)

Ein heiterer Sommertag ist zur Neige gegangen. Erst gegen Abend habe ich mich hinaus gewagt. Nun sitze ich am Ufer der Saar und freue mich der langerlehnten Kühle. Vor mir ausbreitet liegt das weite Tal. Rechts schieben sich bewaldete Berge tulissenartig voreinander, links ziehen sie mit einer einzigen, festen Linie die Grenze zwischen Lothringen und dem Saargau. Freundliche Dörfer, Felder und Wiesen, und inmitten des Talstells die Saar. Die Stadt ruht zu Füßen des Kreuzbergs. Neben dem Fluss hat sie gerade Raum gefunden, sich behaglich auszustrecken. Einen Arm hält sie um den Berg geschlungen. Nach Osten ist sie dem Seffersbach eine Strecke weit aufwärts gefolgt. Malerische alte Häuser hocken hier zu beiden Seiten dicht neben dem Bach. Den Verkehr zwischen hüben und drüben vermitteln schmale Brücken und Stege. Kleine Gäßchen kommen von den hohen Straßen her, sie haben sich zwischen die Häuser geschoben, hier sind sie daheim. Immerzu ohn' Rast und Ruh' dreht das Rad die Mühle, die klappert heute wie vor hundert Jahren, das Klappern gehört zum Handwerk. Es ist dies der älteste Teil der Stadt, Merzigs Klein-Benedig. Weiter das Tal des Seffersbachs hinauf läuft die Kleinbahn, sie bringt täglich Arbeiter und Bergleute aus dem Waldland ins Kohlengebiet der Saar. Etwa eine halbe Stunde aufwärts ist die Grenze des Saargebietes, hinter Brotdorf.

Im Osten der Stadt, Alt-Merzig ganz nahe, bauten einst Prämonstraten- und Mönche Kloster und Kirche neben der Pfarrkirche, die auf dem Friedensplatz stand. Jetzt ist nur noch die Klosterkirche da, sie ist seit 1731 Pfarrkirche. Damals gehörten Biegen, Härlingen, Nenningen, Britten und Merchingen zur Pfarrei. Merzig war Delanat, es gehörte zum Erzdekanat des heiligen Mauritius in Tholey und umfasste 45 Pfarreien. Als infolge der französischen Revolution die Klöster säkularisiert wurden, sollten auch die Güter der Abtei Bädgassen, die das Patronatsrecht in



Klinkermühle, im Hintergrund: Brotdorf.

Abb. 5 zu dem Artikel: Abend an der Saar.

hiesiger Pfarrei befahl, eingezogen werden. Dem Probst von Merzig gelang es aber, die Güter seiner Probstei bis 1807 zu erhalten. In diesem Jahre wurden die Klostergüter veräußert, nur die eigentlichen Pfarrgüter blieben unberührt. Seit Jahrhunderten hatte die Stadt ein Hospital, es diente gleichzeitig als Gefängnis. In seinen Räumen waren auch die Gerichtssitzungen.

Merzig hat eine reiche Geschichte, fast könnte man sagen Leidenschaftsgeschichte. Denn allzeit ist der Saargau der Schauplatz wüster Gedanken und blutiger Kämpfe gewesen. Seit den Tagen der Römer, die das alte Marctum gründeten und besiedelten, genoss es wenig ungetrübte Jahre. Vandale, Alanen und Sueven verheerten das Land. 411 kamen die Franken und Alemannen, plünderten und brandschatzen. Ein Augenzeuge, Salvianus, berichtet über die Schrecknisse, die das arme Volk erduldete. Auch die Hunnen sind auf ihrem Zuge nach Chalons wahrscheinlich durch die Saargegend gekommen. Im vierzehnten Jahrhundert wüteten Hungersnot und Pest furchtbar im Lande. 1525 schlug Richard von Greifenklau die Unruhen der Bauern an den Grenzen in der Pfalz kräftig nieder, so daß sein Land verschont blieb. Auch die Religionswirren fanden hier keinen Boden. Franz von Sickingen, der war plündernd und brennend durch den Saargau, doch die Chronik meldet, bei der Belagerung von Trier sei nur „eine Azel, zwei Hoener und eine Moisse (Maus)“ getötet worden. Mit dem siebzehnten Jahrhundert beginnt die Zeit des Schreckens eigentlich erst. In einem Zeitraum von hundert Jahren, von 1618—1714, war das Land kaum zehn Jahre in Ruhe und ohne feindliche Ein-

fälle. Während des dreißigjährigen Krieges starben Tausende durch Hunger und Seuchen, verödet und ausgestorben waren ganze Ortschaften. Seit 1633 bis gegen Ende des Jahres 1638 wurden die Pfarrregister nicht geführt. Dann litt das Land durch die Raubzüge Ludwigs XIV. Später schlug die französische Revolution ihre Wellen bis zu uns herüber, es folgten die Kriege Napoleons, bis endlich das gehegte Volk und das arme, ausgesogene Land unter der Herrschaft Preußens gesunden und aufzuleben konnten. Heute ist unser Saargebiet wieder schwer heimgesucht, dem Feinde 15 Jahre lang auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

(Schluß folgt.)

Zum 600. Geburtstage einer rheinischen Grenzstadt.*)

Saarbrücken, die jüngste Großstadt des Rheinlandes, blickt in diesem Jahre auf eine 600jährige Vergangenheit zurück. Im März des Jahres 1321 verlieh Graf Johann I. von Saarbrücken-Commercy, ein Verwandter Kaiser Heinrichs VII. von Luxemburg, der Stadt Saarbrücken und dem auf dem anderen Ufer der Saar gelegenen Dorfe St. Johann einen Freiheitsbrief. Durch ihn wurden die Bürger der vereinigten Stadt für frei erklärt und erhielten eine eigene Verwaltung sowie die niedere Gerichtsbarkeit.

Die Geschichte der Stadt Saarbrücken-St. Johann und des Saargebietes ist überall wechselseitig verlaufen. Seit dem Jahre 870, dem Vertrage von Mersen, gehörte das Saargebiet dem Reiche an. Die Stadt selbst kam im Mittelalter schon zu einiger Bedeutung, da sie an dem Kreuzungspunkt zweier wichtiger Handelsstraßen lag, deren eine von Metz nach Mainz, die andere von Mailand nach den Niederlanden führte. Dem halbfranzösischen Grafenhaus Saarbrücken-Commercy folgte im 14. Jahrhundert das berühmte Haus Nassau, welches das Land an der Westmark fester mit dem Deutschen Reiche verbündete. Im 30-jährigen Kriege wurden

Stadt und Land schwer heimgesucht, und Graf Wilhelm Ludwig mußte im Jahre 1635 vor den Scharen des Generals Gallas nach Metz flüchten, wo er fünf Jahre später im Elend starb. Seine Söhne erhielten im Westfälischen Frieden ihr zum Teil von dem (von Frankreich geraubten) Bistum Metz lehnshängiges Land zurück.

Raum hatten sie mit dem Wiederaufbau des Wohlstandes begonnen, als König Ludwig XIV. von Frankreich seine Hand nach dem Saargebiet ausstreckte. Im Jahre 1673 rückten französische Truppen in Saarbrücken ein, und ihr Führer verlangte von dem Grafen Gustav Adolf den Anschluß an Frankreich. Der Graf erklärte ihm, lieber sterben oder als Bettler davongehen zu wollen, als dem Kaiser die Treue zu brechen. Darauf wurde er als Gefangener nach Metz gebracht. Auf die dringenden Bitten und Vorstellungen seiner Gemahlin ließ man ihn zwar frei, verwies ihn aber aus seinem Lande. Als kaiserlicher Generalmajor wurde er in einem Gefecht gegen die Franzosen in der Nähe von Straßburg im Jahre 1677 tödlich verwundet. In demselben Jahre brannte seine von den Franzosen besetzte Stadt Saarbrücken bei der

*) Dieser vorzügliche Aufsatz, der in knappen Worten erschöpfend eine Schilderung der Geschichte Saarbrückens gibt, ist der „Kölner Ztg.“ v. 2. 3. entnommen.

Wiedereroberung durch die Kaiserlichen vollständig niederr. Der Friede von Nimwegen setzte zwar dem Krieg ein Ende, aber nicht Frankreichs Macht gelüsten. Der König von Frankreich hatte es verstanden, den Besitz des Saargebietes sich durch Anlage der Festung Saarlouis (1680) zu sichern, und die Gräfin-Witwe Eleonore Clara musste ihm im Jahre 1681 vor der Reunionstammer in Meß den Lehnseid schwören. Erst im Frieden zu Ryswick (1697) gaben die Franzosen Saarbrücken wieder heraus.

Um die Mitte des folgenden Jahrhunderts erstand dem verarmten Lande ein Ritter in dem Fürsten Wilhelm Heinrich. Er verwandelte die Steinkohlenbergwerke in Staatsgebiet und gründete die noch heute blühende Saarindustrie. Seine Residenz Saarbrücken schmückten Kirchen und Paläte von der schöpferischen Hand des bekannten Barockbaumeisters Stengel.

Inmitten dieser friedlichen Entwicklung nahte dem deutschen Lande abermals vom Westen her Gefahr. Im Jahre 1793 rückten Truppen der französischen Republik in Saarbrücken ein. Fürst Ludwig flüchtete vor ihnen über den Rhein. An der Saar standen sich dann eine Zeitlang preußische und französische Truppen ohne Entscheidung gegenüber. Die Uneinigkeit der deutschen Mächte führte schließlich zum Frieden von Campo Formio (1797), der das ganze linke Rheinufer und mit ihm auch das Saargebiet an Frankreich überließ.

Länger als 20 Jahre blieb Saarbrücken von den Franzosen besetzt, bis im Frühjahr 1814 Blücher mit seinen Truppen in die Stadt einrückte und von der Bürgerschaft als Befreier begrüßt wurde. In dem folgenden Frieden zu Paris wurde die deutsche Stadt wider alles Erwarten bei Frankreich belassen. Die vom Vaterland verstoßenen Saarbrücker trauerten tief. Friedrich Rückert hat damals dem deutschen Mitgefühl in dem Gedicht „Arm Saarvöglein“ rührende Ausdruck verliehen. Napoleons Friedensbruch und Waterloo wedten in den enttäuschten Herzen aber neue Hoffnung. Als im Juli 1815 der preußische Staatskanzler Fürst Hardenberg auf der Reise nach Paris durch Saarbrücken kam, übereichte ihm eine Abordnung der Bürgerschaft eine Bittschrift, die den Wunsch der Saarbrücker enthielt, wieder mit Deutschland vereint zu werden. Hardenberg sagte Befürwortung der Bitte zu, aber damit begnügten sich diesmal die Saarbrücker nicht. Sie schickten zwei Abgesandte, Heinrich Böcking und Karl Lauchhardt, nach Paris, um den verbündeten Monarchen selbst den Wunsch der Bevölkerung ans Herz zu legen. Was der Kunstdiplomat versagt geblieben war, gelang der Vaterlandsliebe dieser deutschen Männer. Im zweiten Pariser Frieden wurde Saarbrücken wieder mit dem Reich vereinigt, und zwar mit Preußen.

Dessen Adler hat dann länger als 100 Jahre seine Flügel schüttend über das Saargebiet ausgebreitet. Arbeitsfreudigkeit und Wohlstand lehrten aufs neue dort ein. Seit dem Jahre 1852 wurde Saarbrücken zu einem bedeutenden Bahnhofspunkt ausgebaut. Die Saar wurde in den sechziger Jahren kanalisiert und an den Rhein-Marne-Kanal angeschlossen. Das Land nahm teil an dem Aufschwung deutschen Wirtschaftslebens im vergangenen Jahrhundert.

Aber am westlichen Horizont ballte sich zum dritten Male das Unwetter zusammen und drohte zu vernichten, was deutsche Arbeit in jähem Feuer dem Boden entrang. Schon im Jahre 1866 hatte Kaiser Napoleon die auch in französischen Zeitungen als Lebensbedingung für Frankreich geforderte Abtretung des Saarkohlenbedens von Preußen verlangt. Bismarck wies die Forderung zurück, und seit dieser Zeit lag der Krieg in der Luft, der im Jahre 1870 zum Ausbruch kam und den Franzosen die Erfüllung ihres Wunsches gebracht hätte, wären sie Sieger geblieben. Nach Kriegsausbruch hielten gegen eine überwältigende Übermacht drei Kompanien 40er Füsilier und drei Schwadronen der 7. Ulanen unter Führung ihres unvergleichlichen Majors v. Pfeffel 14 Tage lang die Wacht an der Saar. Am 2. August 1870 wurden sie zurückgezogen und mußten die Saarstädte dem Gegner überlassen. Am 6. August wurde dann vor den Toren von Saarbrücken die blutige Schlacht um die Spicherer Höhen geschlagen, deren Ergebnis den General Grossard zum Rückzug auf Meß nötigte. In jenen Tagen erwähnt sich die Bürgerschaft von Saarbrücken-St. Johann durch die opferwillige Pflege der Verwundeten einen unvergänglichen Ruhmesstrahl. Die gefallenen Kämpfer erhielten im Ehrental eine weihvolle Ruhestätte. Saarbrücken war dann die erste deutsche Stadt, die dem heimkehrenden ersten Kaiser des neuen Deutschen Reichs den Willkommgruß bot. Dort überreichten die Abgesandten der rheinischen Städte durch die Hand des Oberbürgermeisters Bachem von Köln dem Kaiser Wilhelm I. einen goldenen Lorbeerkrans. Den Städten Saarbrücken und St. Johann aber wurde zur Anerkennung für ihre Opferwilligkeit in schwerer Zeit der preußische Adler als Wappenzeichen verliehen.

Mittlerweile war das Band, das die beiden Städte Saarbrücken und St. Johann fast 540 Jahre zusammengehalten hatte, zerrissen. Im Jahre 1859 hatte die durch die Anlage des Bahn-

hofs emporgelommene Stadt St. Johann sich von Saarbrücken getrennt. In ihrer unmittelbaren Nähe wuchs die Industriestadt Malstatt-Burbach empor. Sie überholte an Einwohnerzahl die Schwesterstädte schnell. Als sie das vierzigste Tausend erreicht hatte und nun das Auscheiden aus dem Kreisverband beantragte, drängte auch die Frage einer Vereinigung der drei Saarstädte zu der Entscheidung, wie sie schon lange von den weiterblickenden Bewohnern gewünscht worden war. Besonders dem tatkräftigen Eingreifen des Regierungspräsidenten Balz gelang es, die Verhandlungen zu einem erproblichen Ende zu führen, und am 1. April 1909 wurde die Vereinigung der drei Saarstädte vollzogen, die nun den gemeinsamen Namen Saarbrücken annahmen. — Im Jahre 1915 erinnerte inmitten des Weltkrieges eine Gedenkfeier an die 100-jährige Zugehörigkeit des Saargebietes zu Preußen.

Aber der für uns unglückliche Ausgang des Weltkrieges hat Frankreichs Hoffnungen ihrer Verwirklichung erheblich nähergebracht. Seit Dezember 1918 halten französische Truppen das Saargebiet besetzt, wenngleich das Land nach dem Vertrage von Versailles auf 15 Jahre einer vom Volkerbund eingesezten Regierungskommission unterstellt ist und nach dem Rheinlandabkommen nicht zum besetzten Gebiet gehört. Infolge des Friedensvertrages sind die Kohlenbergwerke des Saargebietes in französischen Besitz übergegangen. Mit ihrer Hilfe hat sich der französische Kapitalismus einen maßgebenden Einfluß auf die gesamte Saarindustrie gesichert. Vom Deutschen Reich ist das Land durch eine Zollgrenze abgeschnürt. In allen Zweigen der Verwaltung sprechen Beamte landfremder Herkunft und insbesondere französische Staatsangehörige das entscheidende Wort. Durch solche Verhältnisse begünstigt, tut die weitverzweigte Werbetätigkeit der Pénétration pacifique schon jetzt alles, um dem welschen Element Eingang zu verschaffen und ein für Frankreich günstiges Ergebnis der nach 14 Jahren stattfindenden Volksabstimmung zu erzielen.

Unter diesen Umständen kann natürlich im Saargebiet von einer Feier des 600jährigen Bestehens der Stadt keine Rede sein. Aber der Rückblick auf die Leidensgeschichte dieser deutschen Stadt der Westmark weckt allenfalls in deutschen Landen das Mitgefühl mit der schwergeprüften Saarbevölkerung, die einen stillen Kampf gegen die drohende Verwelchung führt und ihn — des ist das Vaterland gewiß — bis zum Tage ihrer Befreiung mit Zähigkeit durchhalten wird.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Die 1. Tagung des Bundes „Saar-Verein“, dem bis jetzt schon mehr als 50 Ortsgruppen, mit über 4000 Mitgliedern, ungefähr 400 Städte und Landkreise des Reiches, öffentliche Körperschaften, studentische Vereinigungen, Ringe usw. und mehr denn 1000 Vertrauensleute in zahlreichen Städten des nicht besetzten Deutschen Reiches angehören, ganz abgesehen von den vielen Einzelmitgliedern, die über das ganze große deutsche Vaterland zerstreut sind, findet — wie schon in der vorigen Nummer angekündigt — am 3. April im großen Saale der Stadthalle in Kassel statt. Wir heißen an dieser Stelle alle Vertreter, Abgesandten und Freunde, sowie alle sonstigen Teilnehmer herzlich willkommen und geben dem Wunsche Ausdruck, daß die Verhandlungen einen würdigen und der Sache förderlichen Verlauf nehmen mögen, der dann eine tatkräftige Durchführung unserer Aufgaben ermöglicht. Die für 4,30 Uhr nachmittags im großen Saale der Stadthalle angesehnte große Saarkundgebung steckt sich das hohe Ziel, die Kunde von der Not unserer Brüder an der Saar noch mehr als bisher über alle Schranken des Partikularismus und der Parteipolitik hinweg als eine heilige Sache in das deutsche Volk, gleich welchen Stammes, welcher Religion und welchen Standes, hineinzutragen, und sie soll den Beweis dafür erbringen, daß wir im Heimatlande der Not unserer lieben Brüder an der Saar mehr denn gedachten. Sie soll ferner sein der Auftakt für die nun-

mehr mit aller Kraft und allen Mitteln einsetzende Bewegung zur Deutschen Erhaltung des Saargebietes und soll ein Markstein werden gegen die mehr und mehr zufage tregenden Verschungs- und Annexionsgelüste der Franzosen. Im In- und Auslande muß dieser unser Gedanke kräftig Fuß fassen und dazu soll die Saarhundgebung in Kassel der erste Schritt sein. Allen Teilnehmern sagen wir im Voraus unseren herzlichsten Dank und gehen in die Tagung mit dem Ruf:

„Glück auf!“

Saarländer-Vereinigung Berlin. Am 12. März fand im „Löwen-Ausschank“, Nollendorfplatz 9, die Jahresmitgliederversammlung statt. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden, Direktor Fett, erstattete Verwaltungsdirektor Vogel den Bericht über die bisherige Tätigkeit der Saarländer-Vereinigung in Berlin. Er betonte, daß die Berliner Vereinigung es als ihr Verdienst beanspruchen dürfe, die Grundlage für den weiteren Ausbau der Organisation des Bundes „Saar-Verein“ gewesen zu sein, der jetzt schon an Bedeutung ein außerordentlich hohes Maß erreicht habe. In der ersten Vorstandssitzung am 12. November 1919 habe die neu gegründete Vereinigung die bis dahin von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ geworbenen 70 Mitglieder übernehmen können. Der Stand der Mitglieder habe sich bis Ende 1920 in erfreulicher Weise auf 398 erhöht. Sodann gab er einen Überblick über die im vergangenen Jahre abgehaltenen Monatsversammlungen, die ein äußerst interessantes Bild von der Entwicklung und Tätigkeit der Saarländer-Vereinigung gaben. Anschließend stellte Gewerberat Kreis den Kassenbericht ab und beantragte Entlastung des Vorstandes und der Geschäftsführung, welche einstimmig ertheilt wurde. Nachdem der Eisenbahn-Direktionspräs. Brosche die Leitung der Versammlung übernommen hatte, wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder, und zwar als 1. Vors. Direktor Fett, als

2. Vorsitzender Rechnungsrat Rosenkranzer und als Schriftführer Verwaltungsdirektor Vogel einstimmig wiedergewählt. In Stelle des nach Neuwied versetzten Schuhmeisters, Gewerberat Kreis, wurde Musiklehrer Röller gewählt. Neu in den Vorstand berufen wurden Frau Geh. Oberbergrat Heck und Ingenieur Salomon, beide in Berlin. Eisenbahndirektionspräsident Brosche dankte dem bisherigen Vorstand für seine außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit, und Direktor Fett, welcher sodann den Vorsitz wieder übernahm, hob besonders die Verdienste des Schriftführers, Verwaltungsdirektor Vogel, hervor und dankte auch den übrigen Vorstandsmitgliedern für ihre erspieliche Tätigkeit. Verwaltungsdirektor Vogel seinerseits dankte und betonte ganz besonders die großen Verdienste des Direktors Fett und er dankte auch den Angestellten der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ für ihre Tätigkeit im Interesse der Saarländer-

Vereinigung Berlin. Es wurde noch beschlossen, die jährliche Mitgliederversammlung in den März oder April eines jeden Jahres zu verlegen. Ferner wurden Vertreter für die Casseler Tagung des Bundes „Sar-Verein“, die bekanntlich am 3. April stattfindet, gewählt und dann in die Besprechung des Arbeitsprogramms für das Jahr 1921 eingetreten. Die Notwendigkeit der Unterstützung der Presseabteilung durch Mitarbeit am „Sar-Freund“ und bei den Berliner Zeitungen wurde besonders betont. Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes müßte es sein, den „Sar-Freund“ zu lesen. Mit einem Appell an die Versammlung, die Veranstaltungen regelmäßig und stark zu besuchen, schlossen diese Ausführungen. Nachdem der 1. Vorsitzende, Direktor Fett, den geschäftlichen Teil der Versammlung geschlossen hatte, erstattete Verwaltungsdirektor Vogel noch in erzählender Form einen Bericht über die neusten Vorkommnisse im Saargebiet, besonders über die Verschungsversuche unter den Bergbeamten und gab zum Schluß das neue Lied zum besten, das von der Saarbrücker Jugend jetzt gern gesungen wird und dessen Inhalt bei der Versammlung großen Beifall hervorrief (dies Lied wird auch in vorliegender Nummer unserem Leserkreise zur Kenntnis gebracht unter Hinweis auf die näheren Begleitumstände). Nach einem gemütlichen Beisammensein wurde die erste Jahresmitgliederversammlung, deren Ergebnis auf erfolgreiche Betätigung des Vorstandes Anspruch erheben darf, geschlossen.

Saarländer-Vereinigung Berlin. Zu dem am 18. März von der Karoline-von-Humboldt-Schule veranstalteten Festkonzert zu Ehren des deutschen Saarvolkes und der Saarländer-Vereinigung in Berlin hatten sich die Mitglieder der Vereinigung und die Eltern der mitwirkenden Kinder in reichlich großer Zahl eingefunden, und die Anwesenden sind — das kann man getrost vorweg nehmen — voll auf ihre Kosten gekommen. Der erhebende Abend wurde durch ein Präludium für Harmonium und Streichquartett eingeleitet, das in seiner wohltonenden Wirkung als ein glücklicher Anfang bezeichnet werden kann. Das anschließende Deutsche Gebet, in Gesamtwirkung von Musik und Mädchenchor, befriedigte durch die Einheit und Exaltation der Einstudierung, so daß man dem musikalischen Leiter, Herrn Musiklehrer Röller, für seine mühevolle

Arbeit den größten Beifall zollen muß. Mit Geschick hatte Röller die Regie in der Hand und bewies, daß unsere Kleinen bei guter gesanglicher Prisele Vorzügliches zu leisten in der Lage sind. Besonders die jüngsten Klassen hatten in ihren Gesangsvorträgen von fröhlich einschmeichelnder Frische den Beifall wiederholt so herausgefordert, daß sie ihre Liedchen nochmals vortragen mußten. Theaterdirektor Burgarts Recitation „Terje Vigen“ von Ibsen brachte eine angenehme Abwechslung. Der Vortragende ist ja wohl den Mitgliedern der Vereinigung durch sein wiederholtes Auftreten allseitig bekannt, aber es muß gesagt werden, daß er an diesem Abend ganz Besonderes leistete. Den Kulminationspunkt des Abends bildete der Vortrag der drei Saarlieder von Siebold, Högrefe und Röller. Schön klang das Sieboldsche „Dir gilt mein Sang“. Lieb-

Es ist fünf Uhr,

für das zweite Vierteljahr 1921 da

Peru-Freund

Um zufriedigen Rufnam zu erhalten, wenn nur unüberhörbare Verzögerung in der Zufüllung der Halbmonatsblätter vermieden werden soll. Der „Peru-Freund“ ist in der Ruffzülungsbilanz auf Seite 266 aufgeführt.

Fürs Mitglied des Bundes „Peru-Freund“ und darangeschlossene Vereinigungen muß sich auf dasselbe bewußt sein, daß es eine moralische Pflicht ist, die Empfehlung zur Nutzungsverteilung des Ruffzürgels durch Werbung und Zuführung nur Mitgliedern zu thun. Für Nutzungs- und Nutzungsfind der politischen oder konservativen Richtung, ist freilich willkommen.

Auffrischen an die Ruffzürgelstelle „Peru-Freund“, Berlin MW. 11, Königinstraße Nr. 94, unten.

Die Ruffzürgelung.

lich, anheimelnd, künstlerisch wertvoll und gut ausgearbeitet ist. Hogrebes „Ich weiß, wo ein liebliches, freundliches Tal“. In seiner Besezung hatte das an dritter Stelle vorgetragene Röllersche: „Es liegt ein Tal in Rheinlandesflur“ einen durchschlagenden Erfolg und eine nachhaltige Wirkung. Nachdem die Leiterin der Schule auf die Bedeutung der Veranstaltung, auf die immer noch nicht genug bekannten Leiden der Bevölkerung in den Grenzgebieten und besonders die des Saargebietes hingewiesen und unseres großen Vaterlandes tiefer Not in würdigen Worten gedacht hatte, dankte ihr der Vorsitzende der Saarländer-Vereinigung Berlin, Herr Direktor Kett, im Namen der Saardeutschen und der Vereinigung und wies noch mit markigen Worten auf die augenblicklich zur Entscheidung kommende Frage in Oberschlesien hin, auf deren treudeutsche Bewohner er ein „Hoch“ ausbrachte, in das die Versammelten lebhaft einstimmten. Eine zündende Rede des Verwaltungsdirektors Vogel, der in von Herzen kommenden erschütternden Worten über die ruhmvolle Vergangenheit, die Not der Gegenwart und die dunkle Zukunft der Saardeutschen sprach, fand allseitiges Verständnis und löste einen nicht endenwollenden stürmischen Beifall aus. Mit dem vom Chor, Harmonium und Streichquartett vorzüglich vorgetragenen „Die Himmel rühmen“ schloß der in jeder Hinsicht genügriche Abend, für den dem Leiter der musikalischen Vorführungen, den Vortragenden und Mitwirkenden der Dank der Saardeutschen und besonders der Saarländer-Vereinigung Berlin gewiß sein darf.

† Vertretertag der Saar-Vereinigungen im Ruhrgebiet. In Wanne fand am 13. d. M. eine Konferenz von Vertretern von 14 Ortsgruppen des Ruhrgebietes statt. Gewerkschaftssekretär Schneider gab in längeren Ausführungen einen Überblick über das bis jetzt bestehende unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse der Ruhrgebietvereine und dem Bunde „Saar-Verein“. Aus der bisher geübten Reserve, sagte er, müßte mit dem 1. April herausgetreten werden, da nur noch das Saargebiet dann als einziges Schmerzenskind von den Grenzländern übrig bliebe, und betonte des weiteren, daß der lose Zusammenhang im Ruhrgebiet einer strafferen Zusammenfassung Platz machen müsse. Die Aussprache ergab eine erfreuliche Einstimmigkeit, und der Vorschlag, den Industriebezirk in eine östliche und eine westliche (unter Einschluß des Südens) Arbeitshälfte zu teilen, wurde guigeheissen. Der Bundestag in Kassel wird zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen. Herr Kommergerichtsrat Dr. Zillissen, der als Vorsitzender des Bundes „Saar-Verein“ an dem Vertretertag teilnahm, machte noch einige vertrauliche Mitteilungen. Nach einem Hinweis auf die halbmonatsschrift „Saar-Freund“, für die noch viel eifriger geworden werden müsse, schloß der Vertretertag, der eine erfreuliche Einheitlichkeit des Willens und der Tat erkennen ließ.

□ Saar-Verein Gladbeck. 1. Vorsitzender: J. Huschens, Potsdamer Straße 198. Vereinslokal: Th. Wormland, gegenüber dem Rathaus.) — Die am Sonntag, den 13. 3. 21 abgehaltene Monatsversammlung war von etwa 80—90 Mitgliedern und Gästen besucht. Ein sehr erfreuliches Zeichen für die junge Ortsgruppe. Wir hoffen, daß dieses Interesse an der Sache des „Saar-Vereins“ auch in der Zukunft erhalten bleibt. Der 1. Vorsitzende begrüßte die Erschienenen mit warmen Worten des Dankes und machte den Besluß des Vorstandes bekannt, wonach die Einladungen zu den Veranstaltungen des Vereins in Zukunft nicht nur in der „Gladbecker Zeitung“, sondern auch im „Saar-Freund“ erscheinen sollen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung wurde das aufgestellte Jahresprogramm der Ortsgruppe bekannt gegeben. Es sind vorgesehen im Monat April: Vortrag, Mai: Versammlung, Juni: Familienabend, Juli: Versammlung, August: Vereinsausflug, September: Versammlung, Oktober: Heimatabend, November: Versammlung, Dezember: Weihnachtsfeier, Januar: General-Jahresversammlung. — Beim zweiten Punkt: Mitgliederbeiträge entspann sich eine lebhafte Aussprache. Der Vorschlag des Vorstandes, vierteljährlich einen Beitrag von fünf Mark einschließlich freier Zustellung der Zeitung „Saar-Freund“ zu erheben, wurde zum Schluß angenommen. Der Kassierer wurde beauftragt, eine Bezirkseinteilung vorzunehmen und für jeden Bezirk Vertrauensleute zu bestimmen, welche die Beiträge einsammeln und ferner besonders als Werbemitglieder tätig sein sollen. Die Bestellung der Zeitung bei der Post erfolgt durch den Schriftführer. — 3. Bundestag in Cassel. Mit der Vertretung wurde der erste Vorsitzende beauftragt. Die Kosten übernimmt die Vereinskasse. — 4. Vertretertag in Wanne. Der Vorsitzende erklärt, daß der zweite Vorsitzende Herr Bergoberschreiber Wüsten beordert wurde und bittet um nachträgliche Genehmigung. Auch diese Kosten trägt die Vereins-

kasse. — 5. Bei Punkt Verschiedenes wurden einige Richtlinien gegeben über die Propagandatätigkeit, welche von jedem Mitglied als Pflicht- und Ehrensache anzusehen sei. Die vom Bund zugestellten Druckschriften wurden verteilt. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu einem vom Vorsitzenden vorgelesenen Rundschreiben an alle Behörden, öffentlichen Körperschaften und Vereine der Stadt Gladbeck. Gegen zehn Uhr erreichte der geschäftliche Teil sein Ende. Bis zur Polizeistunde blieb man noch bei Klaviervorträgen und gemeinschaftlichen Liedern zusammen. Als bekannt wurde, daß ein Abstimmungstransport für Oberschlesiens nach elf Uhr zur Bahn gebracht werden sollte, wurde der allgemeine Wunsch laut, diesen geschlossen zu begleiten, um so der Sympathie für die Sache der oberschlesischen Deutschen Ausdruck zu geben. Und so geschah es.

Deutsche Treue in Briefen aus dem Saargebiet.

Mit großer Freude las ich dieser Tage den „Saar-Freund“. Es ist nur schade, daß man diese Zeitschrift hier nicht erhalten kann. (Von der französischen Militärverwaltung wurde der „Saar-Freund“ seinerzeit verboten, das Verbot ist von der Regierungskommission, dem „Treibänder“ der Entente, noch nicht aufgehoben. D. Red.). O, welche Begeisterung für viele Saarbewohner, wenn sie lesen und sehen, daß es auch jenseits des Rheins Männer gibt, die gegen die Ungerechtigkeit und Vergewaltigung an den Saarbewohnern ankämpfen. Wenn sie einen genauen Einblick in unsere traurigen Verhältnisse und soviel Umgang mit den Bewohnern des Saargebietes hätten als damals, als sie aus unserer treuen deutschen Heimat ausgewiesen würden, so würden sie auch sagen, was gibt's treudeutsche Männer an der Saar! In einer im Ludwigspark stattgefundenen Versammlung der Bergarbeiter, an der ca. 15 000 teilnahmen, schallte es aus vielen Kehlen: „Weg mit Frankreich!“ Wenn man solches wieder hört, so freut man sich, daß die Knappen auch nichts von den Franzosen wissen wollen. M. Steiger.

Der Friedensvertrag wollte uns zu Kindern des sogenannten Völkerbundes machen, brachte uns aber nur die Kulturnation, wie sich ein gewisses Volk nennt. Um uns ihre Kultur zu kommen zu lassen, wurden Schwarze und Marokkaner zu unseren Hütern bestellt, die natürlich nichts Besseres konnten, als uns unsere Frauen und Mädchen zu schänden. Durch alle erlaubten und unerlaubten Mittel versuchten sie, das seit Jahrhunderten deutsche Saargebiet unter ihre Herrschaft für immer zu bringen. Gewissenlose Verräter arbeiten für lumpiges Geld für diesen Zweck. Welch ein erhabender Gedanke ist es, sich in die Versammlungen vom 13. März 1920 zurückzuversetzen! Und trotzdem die Erbseinde die treudeutschesten Männer, aus dem Heimatlande vertrieben, trotzdem wird es ihnen nie gelingen, aus uns Saardeutschen je Franzosen zu machen. Trotz aller Drohungen und Strafen wird das Deutschland sich im Saargebiet eher verstärken als vermindern. Wie in Schleswig-Holstein, wie in Oberschlesien, wird sich in 14 Jahren zeigen, was Stämme wir hier an der Saar sind, und daß wir nicht gesinnt sind, etwas anderes zu werden als wir sind und waren: Deutsche. So wollen auch wir hoffen und harren, bis die Zeit kommt, in der wieder deutsche Farben sich hier zeigen und wo wir unsere Brüder jenseits des Rheins wieder als freie Deutsche begrüßen dürfen. G. H.

Anfragen und Antworten.

St. H. in Ottweiler. Die Grube Wellesweiler ist tatsächlich eine der ältesten Grubenanlagen des Saarreviers. Als sicher steht fest, daß dort schon zu Ende des 16. Jahrhunderts von Wellesweiler und Wiebelskirchener Gemeindeeingesessenen eine umfangreiche „Kohlengräberei“ betrieben wurde.

B. D. in Saarbrücken. Der Name „Steiger“ findet zuerst Erwähnung im Jahre 1759. Nachdem 1751 die Gruben des Saarreviers in landesherrliche Verwaltung übergegangen waren, wurden aus den Einzelunternehmern oder „Beständen“, die noch anfangs die Gruben gegen ein vereinbartes Generalgedinge zu führen und in Ordnung zu halten hatten, allmählich mehr und mehr Aufsichtsbeamte. Man legte ihnen von 1759 ab den Titel Steiger bei und nahm sie als solche in Eid und Pflicht.